

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 115

NOVEMBER/DEZEMBER 1994

50 Pfennig

Und jetzt: Kohls Feldzug für deutsches Europa Faktische große Koalition gegen Arbeiter, Immigranten



Spartakist



Der Spiegel

Jena: Zeiss-Arbeiter kämpfen um ihr Überleben (links). Pakt von Reichskanzler Kohl und Scharping gegen die Arbeiter kann durch gemeinsamen Klassenkampf Ost und West gebrochen werden

Superwahljahr 1994: Verwüstung im Osten, Massenarbeitslosigkeit im Westen, zunehmender rassistischer Terror in ganz Deutschland. Mit seinem Versprechen, so weiterzu machen, wurde Kohl vier Jahre nach dem Anschluß mit knapper Mehrheit wiedergewählt; die SPD gewann trotz ihrer Unterstützung für die arbeiterfeindliche, rassistische Politik der Kohl-Bande ihre Arbeiterbasis im Westen zurück. Der hervorstechendste Aspekt bei den Wahlen war die scharfe Trennung zwischen Ost und West. Die Wut über die Folgen des Anschlusses geht im Osten so tief, daß Kohls „Rote-Socken“-Kampagne nach hinten losging. Die PDS erreichte in der ehemaligen DDR an die 20 Prozent, in Ostberlin fast 40 Prozent. Dies gab der PDS vier Direktmandate (die SPD erhielt nur drei in Westberlin) und stell-

te ihren Einzug in den Bundestag sicher, wobei sie für die bedingungslose Unterstützung eines Kanzlers Scharping auftrat.

Zwei Tage nach der Wahl offenbarten die Bosse ihr Programm, das *ihre* Regierung durchsetzen soll. „Arbeitgeber“-präsident Murmann forderte drastische Kürzungen beim Arbeitslosen- und Krankengeld und bei den Renten; Massenentlassungen wurden angekündigt bei Zeiss, dem Deutschen Waggonbau und EKO Stahl. Wie wir betonten, sind nach dem Zusammenbruch der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa die westeuropäischen Kapitalisten dabei, den „Sozialstaat“ abzuwracken, mit dem sie

Fortgesetzt auf Seite 18

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Über das Pogromwesen des Faschismus



TROTZKI

Nach den Wahlerfolgen von Faschisten in Westeuropa – zuletzt Haiders FPÖ – gab es sofort massive Versuche, diese als „rechte Nationalisten“ zu verharmlosen. Sogar Pseudolinke machen dabei mit, und in Deutschland behaupten Gruppen wie MLPD, BSA, Arbeitermacht und Gruppe Spartakus, die Republikaner seien keine Nazis! Die unheilvolle Logik dahinter, die den täglichen Terror gegen Immigranten leugnet, der von den Faschisten in Schlips und Kragen ausgeht: Solange Nazis im Rahmen des Parlamentarismus operieren, seien sie keine Nazis.

Die Faschisten stehen heute nicht vor der Machtübernahme, aber wir vergessen nicht, daß Hitler wegen der kampflosen Kapitulation der SPD- und KPD-Führung „legal“ die Macht eroberte. Schon Trotzki kennzeichnete „Hitlers Verfassungsmäßigkeit“ als Manöver und warnte vor den Arbeiterverrätern, die diese Kriegsliste zur Täuschung der Massen nutzten. Er polemisiert hier gegen Thalheimer, einen Führer von Brandlers KPO seit 1928. Thalheimers Kritik an den ultralinken Zick-

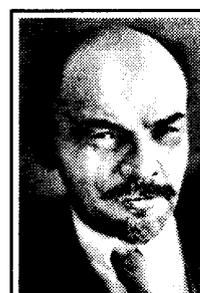
zacks der Kommunistischen Internationale unter Stalin/Thälmann („Einheitsfront nur von unten“, Sozialfaschismus-„Theorie“) richtete sich niemals gegen die opportunistischen Zickzacks, deren Linie er selbst in fast allen Punkten vertrat.

Noch tiefsinniger ist Thalheimers zweiter Einwand: Die Frage, ob Hitler auf parlamentarischem oder einem anderen Wege zur Macht gelangen werde, sei überhaupt nicht von Bedeutung, denn sie ändere nichts am „Wesen“ des Faschismus, der seine Macht ohnehin nur auf den Trümmern der Arbeiterorganisationen begründen könne... Würden die fortgeschrittenen Arbeiter sich nach Thalheimer richten, so würde Hitler ihnen zweifellos die Gurgel durchschneiden. Für unseren weisen Schullehrer ist nur das „Wesen“ des Faschismus von Wichtigkeit, wie aber dieses Wesen sich durchsetzt, überläßt er den „Vorwärts“-Redakteuren zur Beurteilung. Das Pogrom-„Wesen“ des Faschismus kann sich erst nach seiner Machtübernahme ganz entfalten. Die Aufgabe besteht aber gerade darin, ihn nicht an die Macht kommen zu lassen. Dazu muß man erst selber die Strategie des Feindes verstehen und sie den Arbeitern darlegen. Hitler macht die größten Anstrengungen, nach außen hin die Bewegung in das Flußbett der Verfassung zu lenken. Nur ein Pedant, der sich als „Materialist“ ausgibt, kann glauben, diese Technik bliebe ohne Einfluß auf das politische Bewußtsein der Massen. Hitlers Verfassungsmäßigkeit dient nicht nur dazu, die Tür für den Block mit dem Zentrum offen zu lassen, sondern auch, die Sozialdemokratie zu täuschen, richtiger: den sozialdemokratischen Führern die Täuschung der Massen zu erleichtern. Wenn Hitler beteuert, er werde auf verfas-

sungsmäßigem Wege die Macht übernehmen, ist es doch klar: die faschistische Gefahr ist heute nicht mehr so groß. Jedenfalls wird noch einige Male Zeit sein, das Kräfteverhältnis bei verschiedenen Wahlen zu überprüfen. Unter der Hülle der verfassungsmäßigen Perspektive, die den Gegner einschläfert, will Hitler sich die Möglichkeit wahren, den Schlag im geeigneten Moment zu führen. Diese Kriegsliste, so einfach sie an und für sich auch ist, birgt doch eine gewaltige Kraft in sich, denn sie stützt sich nicht nur auf die Psychologie der Mittelparteien, die die Frage friedlich und legal lösen möchten, sondern, was viel gefährlicher ist, auf die Vertrauensseligkeit der Volksmassen.

Man muß hinzufügen, daß Hitlers Manöver ein zweischneidiges Schwert ist: er täuscht nicht nur seine Gegner, sondern auch seine Anhänger. Aber zum Kampf, besonders zum offensiven, ist Kampfgeist erforderlich. Der läßt sich nur dann aufrechterhalten, wenn man seine Armee so erzieht, daß sie die Unvermeidlichkeit des offenen Kampfes versteht. Diese Erwägung spricht ebenfalls dafür, daß Hitler seine Romanze mit der Weimarer Verfassung nicht allzu lange hinausziehen kann, ohne die eigenen Reihen zu demoralisieren. Er wird rechtzeitig das Messer unter dem Braunhemd hervorholen müssen.

Leo Trotzki, „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“
27. Januar 1932



LENIN

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (0 30) 4 43 94 02
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der
Auffassung der Redaktion.

Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 115

November/Dezember 1994

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Gegen Nazi-Terror in S-Bahnen: Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen!

In den Wochen vor den Wahlen eskalierte der Nazi-Terror. In Berlin überfielen Skinheads in der S-Bahn und auf den Straßen Immigranten, Schüler, alte Menschen und Leute, die sie für Linke hielten. Im September wurde der Ghanaer Martin Agyate aus einem fahrenden Zug der Linie S10 geworfen und überlebte nur knapp – ihm mußte ein Bein amputiert werden. Einen Mann aus Mozambique bewahrte nur die verriegelte S-Bahn-Tür davor, auf die Gleise geworfen zu werden. Der Zeitpunkt dieser mörderischen Überfälle ist kein Zufall: Die Wahlkampagnen der rassistischen Allparteienkoalition und die Feiern zum vierten Jahrestag der Konterrevolution in der DDR schürten diese nationalistische Welle.

Jetzt will der bürgerliche Staat scheinheilig das Entsetzen und die Wut in der Bevölkerung ausnützen, um mehr Polizei- und staatsmaßnahmen durchzusetzen. Und Reformisten wie die PDS fordern vertrauensselig „mehr Polizei“. Das ist selbstmörderisch! Sie schüren damit Illusionen in den bürgerlichen Staat, dessen Polizei – in Berlin berüchtigt für ihre Verbindung zu den Nazi-Reps – immer gegen die Arbeiterbewegung, die Linke und Immigranten eingesetzt wird. Andere Organisationen wie JRE und Arbeitermacht sind für die „gewerkschaftliche Organisation“ der Polizei. Wir Spartakisten fordern dagegen: Polizei raus aus dem DGB!

Der „Schutz“ der S- und Fernbahnhöfe obliegt in Berlin dem Bundesgrenzschutz (BGS), in dessen „Abschiebege-wahrsam“ im August in Frankfurt der Nigerianer Kola Bankole erstickte, als man ihm einen Knebel in den Mund würgte; in den vom BGS geleiteten Abschiebeknästen gab es von Berlin bis Kassel verzweifelte Revolten der dort eingepferchten Menschen. Weitere „Schützer“ sind die paramilitärischen privaten Wachleute, auch als „Schwarze Sheriffs“ berüchtigt, die Obdachlose, Immigranten, Jugendliche terrorisieren (siehe „U-/S-Bahn-Arbeiter: Schmeißt die Schwarzen Sheriffs raus!“, *Spartakist* Nr. 110, Februar 1994). Aber auch die „Guardian Angels“ sind nichts als eine Recht-und-Ordnung-Bürgerwehr, die gut mit den be-

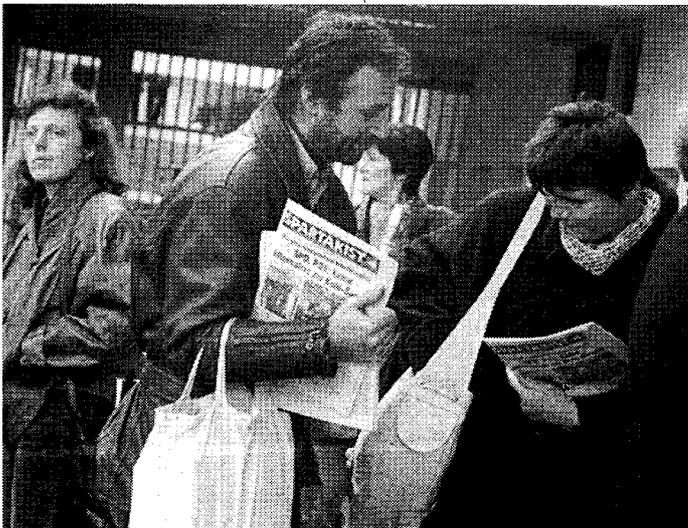
zahlten Uniformierten zusammenarbeitet.

Die liberale *Zeit* (28. Oktober) propagiert mehr „Zivil-courage“ anstelle von Staatsintervention. Sicher gibt es Beispiele, wie durch entschlossenes Auftreten von Kollegen oder Fahrgästen das feige rassistische Pack in die Flucht geschlagen wurde. Ein Straßenbahnfahrer der Linie 1, die an der großen Berliner Synagoge vorbeifährt, stoppte einfach im Oktober seine Bahn, als Fahrgäste ihn auf einen antisemitischen Hetzer aufmerksam machten, und warf den Antisemiten aus der Bahn! Dies war ein Vorgeschmack davon, was die Entfesselung der Macht von ÖTV- und GdED-Arbeitern bedeuten würde. Ihre Organisation wird der Schlüssel sein, um die Bahnen und Straßen von Nazi-Dreck zu säubern.

Hinter den Faschisten steht der bürgerliche Staat, und als sich 1991 Ayhan Öztürk in der S-Bahn erfolgreich gegen Nazi-Reps verteidigte, mußte er sich danach vor einem bürgerlichen Gericht auch noch das Recht auf Selbstverteidigung erkämpfen! Er gewann. Silvio Meier dagegen, der sich 1992 in Berlin Skinheads in der U-Bahn entgegenstellte, wurde ermordet. Um die Faschisten, die auf dem Nährboden des Kapitalismus gedeihen, wirklich von den Straßen zu vertreiben, ist die organisierte Macht der Arbeiterbewegung nötig, gemeinsam mit vietnamesischen, kurdischen, türkischen und anderen Immigrantenorganisationen! Die Bourgeoisie, die gerade erneut einen Frontalangriff auf die Arbeiterklasse starten will, um die Ausbeutungsrate zu erhöhen, die Grenzen dichtzumachen, die Bevölkerung auf Linie zu bringen für die Großmachtziele des Vierten Reichs, hält sich ihre „offiziellen“ bewaffneten Organe, hat aber den Terror der Nazi-Stoßtrupps in der Hinterhand.

Bullen/Wachdienste raus aus den Bahnhöfen, S- und U-Bahnarbeiter dürfen sich nicht für Bullendienste mißbrauchen lassen! Für gewerkschaftliche Arbeiter/Immigrantenpatrouillen, um die Bahnhöfe und Straßen frei zu halten von Nazi-Dreck! ■

Spartakist- Abokampagne



Spartakist

Zahlen der Woche vier von fünf

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	140	110	79
Halle	70	81	116
Hamburg	70	64,5	92
Auf Entfernung	20	15	75
Gesamt	300	270,5	90

Abonniert jetzt!

Gratis: zu jedem vollen Abo eine zuvor erschienene Ausgabe des *Spartakist*. Dazu eine Publikation eurer Wahl.

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,— Übersee Luftpost: DM 20,—
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
 alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

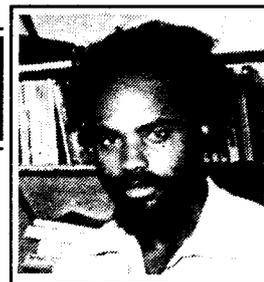
Adresse _____

Telefon _____

Sp 115

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
 Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 50010060

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



On the Move

Das Prinzip, das im Gerichtssaal unter Beschuß steht, wo der Prozeß gegen die sieben türkischen, kurdischen und deutschen Antifaschisten stattfindet, ist weder Recht noch Gerechtigkeit – es ist das Prinzip des Widerstands.

Solidaritätserklärung zu Antifa Gençlik

Es paßt zusammen, daß dieser Prozeß in Deutschland geschieht, denn welchen besseren Ort gibt es dafür als das Land des Nazi-Staatsterrorismus, als anhaltende Demonstration des „Staates über alles“?

Welches bessere Beispiel dafür, was passiert, wenn dem allmächtigen Staat kein Widerstand entgegengesetzt wird?

Menschen auf dem ganzen Planeten wissen über die Schrecken des europäischen Holocaust, aber wie viele Leute wissen, daß das gleiche Ereignis, wie bösartig es auch war, vollständig *legal* war – das Ergebnis eines perversen rassistischen Gesetzes? Oder daß viele der gleichen Richter, die den deutschen Blutgerichten vorstanden – den so-

nannten „Volksgerichtshöfen“ –, heute staatliche Renten für ihre „Dienste“ kassieren?

Heute haben wir die Stadt Hanover in Pennsylvania, wo die Bullen schwarze Bürger dazu trieben, aus ihren Wohnungen „abzuhauen“; in Großdeutschland werden türkische Frauen und Kinder in ihren eigenen Häusern in Flammen gesetzt, Gastarbeiter – nicht länger willkommen im „neuen“ Deutschland.

Wie die Menschen Deutschlands darin versagten, sich dem Naziregime zu widersetzen, so müssen wir aus ihrem fatalen Fehler lernen und dem Staat jetzt widerstehen, wenn wir das Geschenk des Lebens in uns schätzen.

Der Revolutionär und Gründer der MOVE-Organisation John Africa sagte einmal: „Es ist verrückt, sich nicht gegen etwas zu wehren, das nichts als Schmerzen für dich, deine Familie und dein Volk bringt!“ Ich rufe euch also alle auf – leistet Widerstand! Leistet Widerstand gegen das System! Baut die Rebellion auf! On the Move!

Aus der Todeszelle – Mumia Abu-Jamal

Spartakist-Jugend fordert: Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal

Die oben abgedruckte Rede Mumia Abu-Jamals wurde von seinem Anwalt Len Weinglass auf einer Solidaritätsveranstaltung für die gefangenen Antifaschisten von Antifa Gençlik an der Berliner Humboldt-Uni am Abend des ersten Prozeßtages verlesen.

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther und angesehener schwarzer Journalist aus Philadelphia (USA), der als die „Stimme der Entrechteten“ bekannt ist, sitzt im Gefängnis in Huntingdon, Pennsylvania, in der Todeszelle. Ihn kann jetzt, wo die rassistische Todesmaschine in den USA beschleunigt wird, nur eine massive, weltweite Protestkampagne retten. Er wird wegen seiner politischen Ansichten, besonders wegen seiner Vergangenheit als Sprecher von Black Panther und seiner Unterstützung für die radikale schwarze Organisation MOVE unter einer vordergründigen Beschuldigung mit der Hinrichtung bedroht. Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben! Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) hat sich der internationalen Kampagne angeschlossen, die vom Partisan Defense Committee (PDC) in den USA initiiert wurde, um das Leben dieses mutigen Kämpfers für die Befreiung der Schwarzen vor der rassistischen amerikanischen Lynchjustiz zu retten.

In Berlin hat die Spartakist-Jugend im Oktober Veranstaltungen und Spendensammlungen unter Jugendlichen durchgeführt, um die internationale Kampagne „Rettet das Leben von Mumia“ aufzubauen. Viele Jugendliche, die an den Demonstrationen zur Verteidigung der gefangenen Antifaschisten von Antifa Gençlik teilnahmen und von uns auf die notwendige Verteidigung von Mumia angesprochen wurden, hatten großes Interesse, mehr über ihn zu erfahren. Am 1. Oktober wurde im Klub JoJo auf einer

Jugendveranstaltung mit dem Titel „USA: Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution!“ das Video mit Mumia Abu Jamal gezeigt, das vom PDC produziert und von der Gruppe „Kampagne Abu Jamal“ (c/o Archiv 92, Postfach 15 03 23, 28093 Bremen, Tel. [04 21] 35 40 29) auf Deutsch übersetzt wurde. Bei diesem Treffen meldeten sich spontan Teilnehmer, die versuchen wollen, das Video vor anderen Gruppen zu zeigen. Andere nahmen Bögen mit, um Unterschriften zu sammeln, die an US-Gouverneur Casey gesandt werden, um gegen die geplante staatliche Ermordung von Mumia zu protestieren. Auch auf einer weiteren Jugend-Veranstaltung im Café HUBbart an der Humboldt-Universität am 5. Oktober stieß die Vorführung des Videos auf großes Interesse. Insgesamt wurden über DM 200,- gesammelt.

Leiht euch das Video von der Spartakist-Jugend unter der Telefonnummer 4 43 94 00 aus! Unter der Kontaktadresse könnt ihr auch Unterschriftenbögen und Artikel von Mumia bestellen, um sie in Schüler-, Lehrlings- und Studentenzeitungen abzdrukken. Mumias Artikel erscheinen auch in *Workers Vanguard*, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., die bei der Spartakist-Jugend bestellt werden kann. Natürlich kostet die Verteidigung von Mumia Geld, deshalb schickt Spenden auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, Bankleitzahl 100 400 00, Stichwort Mumia.

Schreibt an das KfsV: c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin, Telefon (0 30) 4 43 94 00, Fax (0 30) 4 43 94 02. Wenn ihr direkt Kontakt zu Mumia aufnehmen wollt, schreibt an: Mumia Abu-Jamal, AM8335, Drawer R, Huntingdon, PA 16652, USA. ■

**Spartakist-
Jugend**

Konstruierte Mordanklage geplatzt Freiheit für die gefangenen Antifas!



Spartakist

Berlin, 19. September: Block der Spartakist-Jugend auf der integrierten Demo für die Freiheit von Antifa Gençlik am Vorabend des Prozesses

„Ob Ost, ob West, nieder mit der Nazipest!“ Mit dieser Losung gingen Tausende Jugendliche und Immigranten am 19. und 20. September auf die Straße, um gegen den Schauprozeß gegen die türkischen, kurdischen und deutschen Linken von Antifaşist Gençlik (antifaschistische Jugend) zu protestieren, denen vorgeworfen wird, den Faschisten Gerhard Kaindl 1992 während einer Nazi-Provokation in Berlin umgebracht zu haben. Mit diesem Prozeß, der speziell auf das Recht auf Selbstverteidigung von Linken, Immigranten, Juden und Arbeitern abzielt, will die rassistische bürgerliche Justiz den gesamten antifaschistischen Widerstand kriminalisieren. Wir sagen: Wer auch immer diese Nazi-Provokation gestoppt hat, hat ganz klar kein Verbrechen begangen. Sofortige Einstellung sämtlicher Verfahren! Sofortige Freilassung aller verhafteten Antifas!

Wenige Wochen nach Prozeßbeginn ist die fingierte Anklage auf gemeinschaftlichen Mord „aus niedrigen Beweggründen“ bereits geplatzt. Die Richterin mußte direkt vom Gerichtssaal aus zwei kurdische Antifaschisten, Abidin Eraslan und Fatma Abidin, aus der Untersuchungshaft entlassen, weil das offenkundig vom Staatsschutz geschriebene Protokoll eines Angeklagten, auf dem die ganze Konstruktion der Anklage beruhte, nicht mehr haltbar war. Damit zeigt sich noch einmal der Zweck der Kollektivverhaftung der Antifa Gençlik, die mit Hausdurchsuchungen und Polizeiterror gegen einen ganzen Stadtteil einherging: die Einschüchterung und Kriminalisierung jugendlicher Immigranten, die sich organisieren und gegen Nazis wehren.

Die Spartakist-Jugend beteiligte sich zusammen mit der SpAD an den Demos im Berliner Immigrantenbezirk Kreuzberg und zu Prozeßbeginn vor dem Gericht unter den Bannern „Freiheit für die gefangenen Antifas!“ und „Stoppt die Nazis durch Arbeiterfrontaktion!“ Die Demos wurden von einem massiven Bullenaufgebot flankiert, unter dessen Schutz sich einige Nazis provokativ vor das Gerichtsgebäude trauten. In Paris forderten unsere

Genossen der Ligue trotskyste de France zusammen mit anderen Antifaschisten „Freiheit für die Berliner 7!“ Demos fanden auch in Magdeburg und Hamburg, Britannien, den Niederlanden, Norwegen, Finnland, Spanien, Österreich, der Schweiz, Polen und den USA statt.

Große Teile der Linken zeichneten sich aber auch durch ihre *Abwesenheit* aus. Obwohl sich die PDS beim Wahlkampf mit dem Etikett des „Antirassismus“ schmücken wollte, machte sie keinen Finger krumm, um die Antifas aktiv zu verteidigen. Im Gegenteil, als der Berliner Innenminister Heckelmann die PDS beschuldigte, sie beherberge in ihrem Kreuzberger Büro Antifa-Gençlik-Unterstützer, folgte die Distanzierung der Parteizentrale auf dem Fuße. Auch die SAV/JRE, die so gerne mit ihrer Brüsseler Demo von 40 000 vor zwei Jahren protzt, mobilisierte nicht und erschien daher bloß mit einer kläglichen Handvoll von Leuten. Ihre Zeitung *Voran* verschweigt den Fall völlig! Und die total fehlbenannte Gruppe Spartakus ließ sich bei den Demos für die gefangenen Antifas seit Ende 1993 so gut wie nie blicken. Warum? Der Fall Antifaşist Gençlik stellt direkt die Fragen der Selbstverteidigung, eine Herausforderung des bürgerlichen Staats und seines „Gewaltmonopols“, und der Verteidigung von Immigranten – zu heiß für diese Sozialdemokraten der zweiten Mobilisierung.

In seiner Stellungnahme vor Gericht sagte Mehmet Hasim Ramme: „Wir haben ein Recht, uns zu wehren, ohne Beleidigung und ohne Angriffe auf unsere Gesundheit und unser Leben hier zu leben. Wir haben uns gewehrt. Wir haben erreicht, daß wir wenigstens in unseren Wohngebieten im Wedding, in Schöneberg und in Kreuzberg halbwegs sicher sind.“ Ausschlaggebend ist die Mobilisierung der riesigen Macht der Arbeiterbewegung, die Millionen Immigranten umfaßt, zusammen mit den Jugendlichen und Minderheiten, um durch Einheitsfrontaktionen und Arbeiterverteidigungsgruppen die Nazis zu stoppen. Dafür kämpft die Spartakist-Jugend. ■

JRE Köpenick: Anbiederung an Rassisten

In Berlin werden Vietnamesen, die durch den Verkauf von Zigaretten überleben wollen, täglich von Bullen und Nazis überfallen. Als sich solche Nazi-Überfälle auf dem S-Bahnhof Köpenick häuften und nach dem Nazi-Brandanschlag auf das benachbarte Anne-Frank-Gymnasium, rief die JRE zu einer Kundgebung am 30. September am S-Bahnhof Köpenick auf. Etwa hundert Jugendliche kamen, um ihre Solidarität mit den Immigranten auszudrücken.

Die von der Sozialistischen Alternative Voran (SAV) geführte Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) verteilte dort aber ein Flugblatt, das nicht an Antifaschisten, sondern an Rassisten gerichtet war! Unter der Überschrift „Wer ist schuld – die Vietnamesen???“ antwortete JRE mit einem ... Jawohl, wenn auch nicht allein. Das JRE-Flugblatt erklärte, es sei doch „lächerlich“ zu glauben, daß Ausländer „an allem“ schuld wären: „Ausländer raus, Gewerkschaften abschaffen, alle Macht dem Führer, der an den Fäden der Bosse hängt. *Das ist nicht deutsch, sondern doof. Rechte und Faschisten sind die nützlichen Idioten der Herrschenden in diesem Land*“ (Hervorhebung im Original). JRE für die wahren Deutschen?

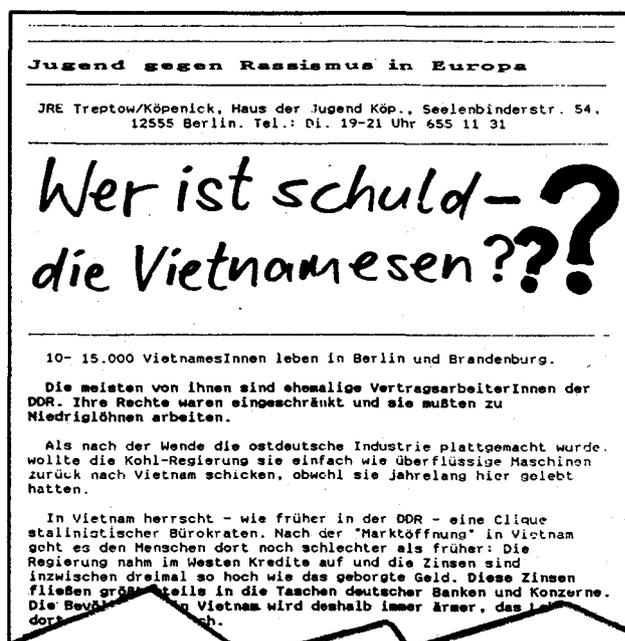
Zunehmender Bullenterror gegen Vietnamesen ist so häufig, daß gegen Dutzende Polizisten ermittelt wird und ganze Einheiten aufgelöst wurden, obwohl Vietnamesen natürlich große Angst haben, bei der Polizei Anzeige gegen diese zu erstatten! *Die Zeit* hat diesem Thema ein ganzes „Dossier“ gewidmet, und sogar die bürgerliche Menschenrechtsorganisation amnesty international hat mehrmals protestiert. Aber das JRE-Flugblatt verlor *kein Wort* über den Nazi-Terror gegen Vietnamesen.

Statt dessen hetzten sie in *Bild*-Sprache gegen „eine Clique stalinistischer Bürokraten“ in Vietnam und die „vietnamesische Zigarettenmafia“. Nach dem heroischen dreißigjährigen Krieg gegen den französischen und amerikanischen Imperialismus, durch den die Vietnamesen ihren deformierten Arbeiterstaat errichteten, haben die Imperialisten versucht, durch wirtschaftliche Erpressung das zurückzuerobern, was sie auf dem Schlachtfeld verloren hatten.

Genau wie das JRE-Flugblatt liefert *Voran* (Nr. 164, September/Oktober) in einem Artikel für das Wahlrecht von Immigranten ein Argumentationsarsenal für Rassisten; er beschäftigt sich mit Aussagen wie: „Die [Immigranten] wissen überhaupt nicht Bescheid, was hier läuft“, und: „Würden die nicht eigene Parteien gründen, etwa islamisch-fundamentalistische?“ Das zynische Argument der SAV für Wahlrecht von Immigranten lautet, daß sie gutes Stimmvieh für die SPD wären. Welch ein Hohn! Wir Spartakisten kämpfen dagegen für volle Staatsbürgerrechte all derer, die hier sind. Eingewanderte Arbeiter stehen in der vordersten Reihe des Klassenkampfes in diesem Land.

Nicht unerwartet tauchte zur Kundgebung in Köpenick mindestens ein Dutzend Nazis auf, die mit Bierflaschen bewaffnet waren; zeitweilig buhten sie die Redner aus. Die JREler machten erst mal nichts, obwohl es am Anfang durchaus möglich gewesen wäre, durch entschlossenes Vorgehen die Nazis zu entfernen. Das war aber nicht die Absicht der JRE, deren Block völlig lose und ungeschützt wirkte! Eher vertrauten sie darauf, daß die anwesenden Bullen die Nazis einschüchtern würden. Sie riefen dann „Nazis raus“, und ein Bulle begleitete sanft einen Nazi einige Meter weiter, als dieser dazu ansetzte, auf die Jugendlichen loszuschlagen.

Die Lage auf dem Platz war ziemlich bedrohlich; und eine ganze Reihe von Jugendlichen verließen frühzeitig und



Mit diesem Flugblatt „Wer ist schuld – die Vietnamesen???“ appelliert JRE an deutsche Rassisten. Spartakisten dagegen fordern: Verteidigt Vietnamesen gegen Bullen- und Naziterror, volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

frustriert die Kundgebung, als sie feststellten, daß nichts gegen die Nazis unternommen wurde. Denn vielen war klar, daß die Bullen da waren, um die Nazis zu schützen! Zu dieser gefährlichen Situation kam es wegen des Vertrauens der JRE in die rassistische Polizei, die von ihr als „Arbeiter in Uniform“ betrachtet wird (siehe unsere Broschüre „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat“).

Dagegen sagen wir, daß es notwendig ist, die Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, zusammen mit antifaschistischen Jugendlichen, Immigranten und allen Unterdrückten, um die Nazis zu stoppen.

Den Organisatoren der Demo war es unangenehm, als wir die Jugendlichen über den Aufruf der SAV zur Wahl der SPD unterrichteten, die das Asylrecht zerschlagen hat. Die SAV hatte auch dazu aufgerufen, PDS zu wählen. Einige SAVler waren besonders entrüstet über unsere Kritik an der PDS, die es im nahen Johannisthal kurz vor dem 1. Mai zugelassen hatte, daß FAPler auf ihrem Fest auftreten konnten, und die dadurch die Nazis ermuntert hatte, dort am 1. Mai eine Provokation zu versuchen. Doch damals mobilisierten Gewerkschafter, antifaschistische Jugendliche und Spartakisten dagegen, und die Nazi-Provokation wurde verhindert.

Der Kampf gegen Faschismus kann nicht getrennt werden vom Kampf gegen das kapitalistische System selbst, das den Faschismus ausbrütet. Die Auseinandersetzung zwischen SAV/JRE und uns ist: Reform oder Revolution. Das wurde durch unsere Intervention auf ihrem Anti-Nazi-Sommer-Camp im August gezeigt (siehe „JRE/Voran: Sommer-Camp-Pleite“, *Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994). Die Spartakist-Jugend will antifaschistische Jugendliche zum Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei gewinnen, die eine sozialistische Revolution zum Sieg führt und dadurch die Wurzeln des Faschismus endgültig beseitigt. ■

Hitler-Anbeter David Irving ging zu Boden Berkeley: Nazis in die Flucht geschlagen

Mehrere Hundert Antifaschisten verhinderten erfolgreich eine faschistische Veranstaltung an der Universität von Kalifornien in Berkeley, wo der britische Hitler-Anbeter David Irving seinen Nazi-Dreck verbreiten wollte. „Irving ist ein Historiker wie Goebbels ein Doktor war“, und: „Die Arbeiterbewegung hat die Macht, die Nazis zu stoppen“, lauteten Plakate des Spartacist Youth Clubs (SYC), Jugendorganisation unserer amerikanischen Sektion Spartacist League/U.S., der zu der Aktion aufgerufen hatte.

Unter den Rufen: „Stoppt Hitler-Anbeter David Irving – Zerschlagt faschistischen Terror“, versammelten sich rund 100 Antifaschisten vor dem Nazi-Treffpunkt auf dem Uni-Gelände. Außer dem SYC und der SL/U.S. nahmen Gewerkschafter von der Labor Black League for Social Defense an der Aktion teil, ein Block der Jüdischen Schülervereinigung der Berkeley High School, zahlreiche Uni-Studenten sowie einige Anhänger der International Socialist Organization (ISO, Schwesterorganisation der SAG), der Revolutionary Workers League und der Revolutionary Trotskyist League.

Sobald sich herausstellte, daß die Nazis sich heimlich in ein anderes Gebäude verziehen wollten, setzten die Antifaschisten nach. Das SYC-Flugblatt beschrieb es so:

„Als wir über das Uni-Gelände gingen, schwoll die Menge auf etwa 300 Demonstranten an – Schwarze, Juden, Demonstranten aus Asien, Weiße, Latinos, Studenten und Arbeiter! Unter den Rufen ‚Nazis raus‘ marschierten wir direkt in den Versammlungsraum. Die meisten der Möchtegern-Hitlers drückten sich in die Ecken des Raums, zusammengekauert wie Wanderratten. Ein paar Faschisten versuchten, die Demonstranten mit Stühlen anzugreifen. Ein anderer schwang ein Kamera-Stativ. Sie wurden effizient entwaffnet.“

Der Boden war mit Hakenkreuzen – dem Symbol des Nazi-Völkermords – übersät. Die Antifaschisten machten kurzen Prozeß mit ihnen und anderen Nazi-Symbolen. Irving wurde der Länge nach ausgestreckt über einem zusammengebrochenen Tisch gesehen, zwischen einem Haufen seiner Video-Kassetten und anderem faschistischem Dreck. Ein schlotternder Nazi ließ Hunderte von Hakenkreuz-Ansteckern fallen.“

Dann kamen die Bullen mit Verstärkung, um die Faschisten zu verteidigen. Sie prügelten mit Schlagstöcken auf die Menge ein und verletzten mehrere Demonstranten krankenhaushausreif. Aber die Nazis konnten diesmal nicht ihren rassistischen Dreck verbreiten, und ohne Zweifel sind Verletzungen und mögliche Todesfälle durch diese mutige Aktion verhindert worden.

Jetzt ist die ISO mit einer Verurteilung der „Gewalt“ herausgekommen – aber nicht von den Nazis oder den knüppelschwingenden Bullen. Nein, die ISO schwärzt die Antifaschisten an. „Es waren ein paar faule Äpfel, die in der Hitze des Gefechts gehandelt haben“, sagte ISO-Führer Brandon Rees gegenüber der Zeitung *Daily Cal*.

Die Faschisten sind paramilitärische Aktionsbanden, ihr Programm ist Mord und Völkermord. Wie das SYC-Flugblatt zu Irving schrieb: „Dies ist nicht einfach irgendein Spinner und phantasierender rechter ‚Akademiker‘. Hinter dem weißen Hemd und der Krawatte dieses sogenannten ‚Historikers‘ stehen die Braunhemden des Faschismus. Irving leugnet den Holocaust, um die Täter neuer faschi-



Young Spartacus

Uni Berkeley: Spartacist Youth Club initiierte Einheitsfrontaktion, die den Nazi Irving stoppte

stischer Greuel zu rekrutieren und zu organisieren.“

Rund um den Erdball ist Irving als Redner bei Versammlungen von faschistischen Terrorbanden aufgetreten: von der britischen National Party, der Heritage Front in Kanada bis zur Nationalen Offensive in Deutschland. Am 9. November 1991, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, war Irving der Redner bei einem Nazi-Marsch in Halle. Damals war eine machtvolle Arbeitereinheitsfront zum Greifen nahe, zu der das Komitee für soziale Verteidigung zusammen mit der SPAD aufrief, um die Nazis zu stoppen. Aber in letzter Minute zog der DGB Halle seinen Aufruf auf Befehl der SPD-geführten DGB-Zentrale zurück, und unter dem Schutz von Tausenden Polizisten verbreitete David Irving seine „Auschwitz-Lüge“. Wenn die Nazis damals durch eine Massenmobilisierung der Arbeiter gestoppt worden wären, hätte es wenige Monate später das Rostocker Pogrom vielleicht nie gegeben.

Die Spartakist-Jugend sieht die effektive Einheitsfront in Berkeley als Ansporn und gratuliert den Hunderten Antifaschisten, die wirklich einen Sieg gegen die Faschisten erkämpften. Es war einfache Selbstverteidigung und Verteidigung aller geplanten Opfer des faschistischen Terrors. ■

Bonns Kreuzzug gegen Scientology: Bedrohung für Alle!

Bekanntlich duldet der eifersüchtige biblische Gott keine anderen Götter neben sich. Genauso geht der deutsche Staat vor. Die Christparteien und die SPD-Moralprediger führen eine ominöse Kampagne gegen die Sekte „Church of Scientology“ an, und damit einen Angriff gegen die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie auf die Trennung von Kirche und Staat.

Am 11. Oktober forderte die SPD im Bundestag das Verbot und die Verfolgung von Scientology durch die Einsetzung eines „Bundessektenbeauftragten“; als „pseudo-religiöse“ Bewegung hätte Scientology eine „organisierte kriminelle Vereinigung“ gebildet, die die „demokratische Grundordnung“ abschaffen wolle. Dieser letzte Vorwurf ist das Codewort für *Hexenjagd* – im Kalten Krieg der Vorwand für das KPD-Verbot und die Säuberung von Kommunisten aus den Gewerkschaften. Wir Spartakisten sagen: Hände weg von Scientology!

Aber Bonns wirkliche Anklage und der Grund, weshalb die SPD gerade jetzt losschlagen will: Scientology schade dem „Ansehen Deutschlands im Ausland“. Als Reaktion auf die seit vielen Monaten betriebene Hetze nämlich brachte Scientology seit September ganzseitige Anzeigen in den zwei führenden US-Tageszeitungen *New York Times* und *Washington Post*. Darin prangern sie den Nazi-Terror gegen Immigranten und die Diskriminierung von Minderheiten in Deutschland (die sich auch gegen sie selbst richtet) an. Sie greifen die heuchlerische Revision der Geschichte durch die Kohl-Bande an, und dabei tun sie etwas ganz „Verbotenes“: Sie zeigen die Kontinuität der „Bundesrepublik“ zum Dritten Reich auf.

Was die Fanatiker in Bonn in Rage brachte, sind Scientology-Anzeigen wie in der *New York Times* vom 13. Oktober, wo man unter der Überschrift „Deutscher Widerstand: ein Widerspruch in sich“ eine in manchen Punkten treffende Kritik der verlogenen Verherrlichung der bürgerlichen Verschwörung der „Männer des 20. Juli 1944“ lesen kann. Anlaß ist eine von Bonn gesponserte Ausstellung in der US-Nationalbibliothek in Washington. Die Scientology-Anzeige sagt, daß diese sich dadurch auszeichnet:

„was sie ausläßt. Die Dokumentation streicht den jüdischen Widerstand gegen die Nazis bis auf eine einzige Seite zusammen und degradiert das Warschauer Ghetto, das heroische Symbol des Widerstandes im Zweiten Weltkrieg, zu einem Satz...“

Die Ausstellung spielt das praktisch widerstandslos hingegenommene Grauen des Holocaust und des Nazi-Massenmordes an Millionen von Juden, Zigeunern, Rosenkreuzern, Zeugen Jehovas und anderen Minderheiten herunter...“

Sowie an Kommunisten und Schwulen, muß man hinzufügen. Denn der ganze Zweck dieser Ausstellung war es, den von Kommunisten geführten Widerstand gegen Hitler aus

der Geschichte *auszuradieren*. Um Leopold Treppers Rote Kapelle zu verheimlichen, stellten sie die Weiße Rose in den Vordergrund. Die Scientologen heben hervor, daß z. B. Artur Nebe, einer der Verschwörer, in Kohls Ausstellung in Berlin als Held hingestellt wird; in Wirklichkeit war er ein Massenmörder der SS-Einsatzgruppen, an dessen Händen das Blut von Tausenden „Juden, Bolschewiki und Dissidenten“ klebt. Wir wissen ja, daß die Männer vom 20. Juli nur deshalb Hitler stoppen wollten, weil er dabei war, dem „Ansehen“ Deutschlands *definitiv* zu schaden, nämlich den Zweiten Weltkrieg zu verlieren.

Das SPD-geführte Hamburger Innenministerium, das kürzlich mit dem Rücktritt des Innensenators wegen rassistischer Gewalt der Polizei gegen Immigranten in den Schlagzeilen war, hat sogar eine spezielle Abteilung gebildet, die sich nur mit Scientology befaßt. Und der Senat in



Broschüre von Scientology zeigt auf, daß die Anklage „Geldgier“ nur allzu bekannt ist

Hamburg (wo Scientologys Hauptquartier ist) hat angekündigt, Scientology rechtlich zu verfolgen. Unter welchem Vorwand wollen sie alle nun durchgreifen? Geldgier! Leider hatte Luther damals kein BKA, um effektiv gegen die katholische Kirche vorzugehen. Wirtschaftskriminalität! Von Daimler-Benz bis IG Farben tun sie's, aber hier beißt die Presse von rechts bis „links“ an: Springers *Hamburger Abendblatt* hetzte mit einer Anzeige im *Stürmer*-Stil gegen Scientologys Anbetung von Gottes Geld. Die *taz* schreit, die Sekte kontrolliere den Hamburger Wohnungsmarkt; *Neues Deutschland* fragt, wann endlich „staatliche Gegenmaßnahmen“ folgen.

Unter dem Vorwand von „Wirtschaftskriminalität“ und „Geldwäsche“ will Bonn die Türen der Scientology-Zentrale bzw. ihrer kommerziellen Unternehmen eintreten und die Finanzunterlagen konfiszieren lassen. Dies ebnet den Weg dazu, daß die Geschäfte beliebiger anderer religiöser und politischer Organisationen als „kriminell“ eingestuft werden, wenn nur ihre Ansichten dem Staat ein Dorn im Auge sind. Bereits im Oktober 1990 wurde dies beim Poli-

zei-Überfall auf die PDS-Zentrale in Berlin (unter Mitwirkung der PDS!) praktiziert.

Für die Koalition von Kirche und SPD ist Scientology, oder mindestens ihr Gründer L. Ron Hubbard, der Rattenfänger von Hameln leibhaftig. Nun, diese Sekte ist tatsächlich dubios, unappetitlich und bei weiten Teilen der Bevölkerung sehr unpopulär. Aber wie merkwürdig kann ein „E-Meter“ sein, verglichen mit einer Oblate, die den Leib Christi verkörpern soll? Soweit die Scientologen eine Ideologie haben, ist sie eine extreme Version von „Selbstverwirklichung“ in der „Ellenbogengesellschaft“. Ihre Zielgruppe sind besserverdienende Schichten, bis in die Vorstandsetagen großer Konzerne; der Erhöhung ihrer Geschäftstätigkeit wird große Aufmerksamkeit gewidmet.

Bonn und seine mächtigen Staatskirchen wollen selbstherrlich entscheiden, was eine Religion ist und was nicht, um die *politische Unterdrückung* aller unpopulären Minderheitsgruppierungen zu rechtfertigen. 1938 antworteten Hitlers Schergen auf die „Provokation“ der Existenz von Synagogen mit dem Novemberpogrom. Heute hetzt das bayerische Oberlandesgericht gegen die „provokativ auftretende Religionsausübung in besonders deutlich erkennbaren Moscheen“, wie es in der Genehmigung für einen NPD-Nazi-aufmarsch gegen den Aufbau einer Moschee heißt (*Süddeutsche Zeitung*, 31. August)!

Jetzt, wo das Vierte Reich wieder nach der Weltherrschaft strebt, braucht es wieder politische und religiöse Konformität mit den „alten deutschen Werten“. Diese Konformität soll nicht nur mit Sonntagspredigten, sondern auch mit staatlicher Gewalt erzwungen werden – mit verschärften Gesetzen, u. a. zur „internationalen Terrorismusbekämpfung“ und nun zur „Kriminalitätsbekämpfung“, wie man es schon bei der rassistischen Verfolgung von Immigranten eingeübt hat. Durch das PKK-Verbot wurde das politische und kulturelle Leben der ganzen kurdischen Bevölkerung in Deutschland verboten, 300 Kurden sitzen im Gefängnis.

Verteidigt demokratische Rechte – Für die Trennung von Kirche und Staat!

Die deutsche Verfassung strotzt von religiösem Obskurantismus. Es gibt zwei große Staatskirchen, für die der Staat die Finanzierung durch die Bürger – alle Bürger, deren Geburt kirchlich registriert wurde – eintreibt. Im Westen hatten die Kirchen schon immer das „Recht“, sich den Bürgern aufzuzwingen.

Landesregierungen und Schulen haben einen „verfassungsmäßigen“ Auftrag, „christliche Werte“ zu vermitteln. Und wenn du dich oder deine Kinder diesem Zwang entziehen willst, um etwa keine Kirchensteuer mehr zu zahlen (dazu muß man aus der Kirche austreten) oder in der Schule nicht am Religionsunterricht teilzunehmen, mußst du einen formalen schriftlichen Antrag stellen. Schon kleine Kinder in Kindertagesstätten kriegen diese Werte auf jeden Fall eingelöffelt. Kirchlich besetzte Zensurgremien entscheiden, was du im Radio und Fernsehen hören und sehen darfst und was nicht – nach dem Motto, zuerst die Lottozahlen und dann „Das Wort zum Sonntag“.

Und natürlich brachten die Versuche in den 80er Jahren, den Paragraph 218 zu verschärfen, die klerikale Reaktion geschlossen auf die Straße. Christliche Abtreibungsgegner überfielen sogar die Kliniken. Bis an die Tür von Operationssälen quälten sie abtreibungswillige Frauen mit Mordvorwürfen.

Nach der Konterrevolution in der DDR pochte Bonn, zusammen mit Leuchten wie dem ultrarechten Gegner des „Abtreibungsholocausts“ und Militärbischof Dyba, auf sein „Recht“, die ostdeutsche Bevölkerung zu rechristianisieren.

Die Kirchen drängten in den Osten und eroberten alles von Kinderkrippen bis Altersheimen – natürlich auch die neu eingerichteten Abtreibungs-Abstratungszentren.

Die Rechte auf Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit sowie die Trennung von Kirche und Staat wurden in den bürgerlichen Revolutionen vom 16. bis 19. Jahrhundert etabliert; solche Revolutionen in Deutschland wurden aber niedergeschlagen bzw. blieben unvollendet. Daher ist das Bewußtsein von bürgerlich-demokratischen Rechten in der Linken und Arbeiterbewegung dieses Landes nur mangelhaft verwurzelt. Dies spiegelt sich in den vielfältigen Verbindungen der SPD zur protestantischen Kirche wider; im Osten ist sie wirklich eine „Lehrer- und Pfaffenpartei“. Die PDS wiederum biedert sich an „christliche Werte“ an: Sie fördert Pfarrer als ihre Sprecher und Kandidaten und ist stolz darauf, daß sie Christen in einem Arbeitskreis organisiert.

Kurz: Kirchen und Staat nehmen sich das Recht, ihre Nase überall in das Privatleben einzelner Menschen hineinzustecken, wo sie nichts zu suchen haben – mit tatkräftiger Unterstützung ihrer sozialdemokratischen Helfer. Weg mit der Kirchensteuer! Bullen, Richter, Pfaffen raus aus den Schlafzimmern, Klassenzimmern und Arztpraxen!

Nieder mit dem Kreuzzug gegen Scientology!

Als Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse und ihres Rechts, sich zu organisieren, widersetzt sich die Spartakist-Arbeiterpartei der Verfolgung von Scientology. Für unsere Klasse und uns selbst und für all diejenigen, denen demokratische Rechte ein Anliegen sind, ist dies eine elementare Frage der Selbstverteidigung. Aber wie bei vielen solchen Fragen heute bleiben wir Marxisten die einzigen Verteidiger der freiheitlichen Werte, die mit der großen Französischen Revolution in Verbindung stehen.

Unser Standpunkt zu Bonns Kreuzzug gegen Scientology hat eine Parallele, und zwar was die Sekte von Sun Myung Moon und seiner „Vereinigungskirche“ angeht. Moon ist ein ultrarechter Reaktionär, der international „Kontra“-Terror finanziert. In Deutschland waren wir in den 80er Jahren mit physischen Provokationen der Moon-Sekte konfrontiert, und unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. kämpften damals gegen eine tödliche Verleumdungskampagne der „Moonies“.

Im November 1992 führte die SL/U.S. eine wichtige Mobilisierung durch, die einen Aufmarsch des faschistischen Ku Klux Klans stoppte. Die Moonies verleumdeten die SL/U.S. und die Demo-Teilnehmer als Mochtegern-Bullenmörder und Kriminelle, die gegen die Polizei „Gewalt provozieren“. Deshalb klagten wir gegen die Moonies und zwangen sie, ihre Verleumdungen zurückzunehmen.

Als aber die Reagan-Regierung gleichzeitig gegen die Moon-Vereinigungskirche vorging und über das Bundesfinanzamt versuchte, sich mit dem Streit über die Steuerfreiheit Zugang zu deren Mitgliedslisten und Finanzbüchern zu verschaffen, hat sich die SL/U.S. gegen diesen Angriff gestellt. Dies war eine Keule, die für den Einsatz gegen jede „mißliebige“ Organisation bestimmt war, die der Staat knacken und auseinandersprennen will. Die SL/U.S. hat sich, zusammen mit einer Reihe demokratischer und religiöser Organisationen sowie den Regierungen mehrerer Bundesstaaten, diesem gefährlichen staatlichen Übergriff widersetzt.

Unsere Zurückweisung des gegenwärtigen Angriffs des deutschen Staates auf Scientology ist ein integraler Bestandteil unserer allseitigen Verteidigung demokratischer Rechte. Dies ist unsere Pflicht als Marxisten im Kampf für eine kommunistische Gesellschaft, in der die Menschen von jeder Form sozialer Unterdrückung befreit sein werden. ■

Debatte mit Ernest Mandel in New York

Am 11. November 1994 lädt die Spartacist League, amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), zu einer Debatte mit Ernest Mandel ein, dem international bekannten Sprecher für das „Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale“ (VS). Die Leser von *Spartakist* werden sich vielleicht erinnern, daß Genosse Mandel schon im Februar 1993 bei einem öffentlichen Seminar in New York auf unsere Interventionen hin wiederholt erklärt hatte, daß er kommen und mit uns debattieren würde, wenn wir eine Veranstaltung organisieren (siehe *Spartakist* Nr. 102, April 1993, und *Spartakist* Nr. 104, Juni 1993). Wir akzeptierten dieses Angebot sofort, aber aus unvermeidbaren Gründen war Genosse Mandel nicht in der Lage, früher in die USA zu kommen.

Die Debatte findet unter dem Titel „Der Kampf für die sozialistische Weltrevolution heute“ statt; außer den Präsentationen mit gleicher Redezeit von Mandel und unserem Sprecher, Genosse Joseph Seymour, wird es reichlich Zeit für Redner aus dem Publikum geben. Zusammen mit den zentralen Fragen für revolutionäre Marxisten heute wird auch die entgegengesetzte politische Geschichte unserer internationalen Tendenz und der von Mandel zur Diskussion stehen. In den 60er und 70er Jahren war das VS unter Mandels Führung der lauteste Fanklub für den Stalinismus der Dritten Welt und alles sonst, was sich bewegte – von „roten Unis“ bis zu Chomeinis „islamischer Revolution“. In jüngerer Zeit zuckeln sie sklavisch der Sozialdemokratie hinterher. Das VS bejubelte jede konterrevolutionäre Kraft in den früheren deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten, von der polnischen Solidarność und den estnischen Nazi-„Waldbrüdern“ bis zu Jelzins konterrevolutionärem Gegenputsch im August 1991.

Seit die Spartacist League/U.S. 1964 aus der Socialist

Workers Party (die damals mit dem Vereinigten Sekretariat verbunden war) ausgeschlossen wurde, hat die IKL den revolutionären Trotzismus in den programmatischen Schlüsselfragen aufrechterhalten. In Chile, Frankreich und jüngst in Südafrika standen wir für proletarische Opposition gegen „Volksfronten“ der Klassenzusammenarbeit. Von Afghanistan und Polen bis zur Sowjetunion und Kuba haben wir für die bedingungslose Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus gekämpft und für die proletarische politische Revolution gegen die stalinistischen Bürokratien als einziges Mittel, um diese Staaten gegen die Konterrevolution zu verteidigen.

1989/90, während der entscheidenden Monate der anfänglichen politischen Revolution in der DDR, war das VS gespalten in diejenigen (die Matti-Tendenz), die die Konterrevolution in Deutschland feierten, und die Kräfte um Mandel, die ihre Hände rangen, derweil sie nichts taten, um sie zu stoppen. Die westdeutschen Mandel-Anhänger, die sich 1985 mit Überresten der antisowjetischen maoistischen KPD/ML zur VSP zusammengeschlossen hatten, lehnten jede Arbeit in der DDR ab und beteiligten sich an der antikommunistischen Hexenjagd. Jetzt hat das VS Mitte Oktober wieder eine offizielle Sektion in Deutschland gegründet, deren Basis die antisowjetische Politik der Mandelianer während des letzten Jahrzehnts ist. So wird der Untergang der DDR von einem führenden Sprecher ihrer deutschen Sektion als „gut“ hochgejubelt.

Die Grundlage des VS ist impressionistische Nachtrabpolitik. Heutzutage gefällt es dem VS-Führer Ernest Mandel, gegen „Etiketten“ zu polemisieren, indem er sagt: „Sozialisten, Kommunisten, es macht keinen Unterschied.“ *Spartakist* wird in der nächsten Ausgabe ausführlich über die Veranstaltung berichten.

Spartakist-Veranstaltungsreihe

Mandela/ANC: Strohmannen für rassistische Kapitalherrschaft

Pulverfaß Südafrika

Leipzig

Dienstag, 15. November, 19.00 Uhr
Haus der Volkssolidarität
Gottschedstraße 33
04109 Leipzig

Halle

Donnerstag, 17. November, 19.00 Uhr
Galeriecafe Steg
Stegpassage 2
06110 Halle

Hamburg

Donnerstag, 24. November, 19.00 Uhr
Haus für Alle, Raum 6, Amandastraße 58
20357 Hamburg (Altona)
S/U-Bahn Stemschanze

Berlin

Sonntag, 10. Dezember, 17.00 Uhr
Club JoJo
Torstraße 216 (ehem. Wilhelm-Pieck-Str.)
U-Bahn Oranienburger Tor oder Bus 340

Das Programm für schwarze Arbeitermacht

Gruppe Spartakus: Persilschein für Rep-Nazis

Auf den groß posaunten Austritt der Gruppe Spartakus (GS) aus der JRE folgte ihr Persilschein für die Rep-Nazis: „Die Einschätzung, die Republikaner seien faschistisch, ist schief und darum falsch“ (*Bolschewik*, September 1994). Damit zeigte sich die ganze Verlogenheit dieser selbsternannten „revolutionären Anti-Faschisten“. In ihren Augen entschwindet das braune Pack in die „demokratische“ Respektabilität, und zwar genau im umgekehrten Verhältnis zum Anwachsen der täglichen Nazi-Überfälle im wiedervereinigten Deutschland.

Eine merkwürdige Logik, doch steht die GS damit bei weitem nicht allein. Im Wahlkampf trat Stefan Engel, Vorsitzender der für ihre selbstmörderische Forderung nach einem Verbot der Nazis bekannten maoistischen MLPD, im ARD-Fernsehen in der „Außenseiterrunde“ mit den Rep-Faschisten auf, ohne auch nur ein Wort des Protests, geschweige denn die Sendung dichtzumachen. Desgleichen Ulrich Rippert vom Bund Sozialistischer Arbeiter, dessen dubiose Organisation mit dem Kampf gegen Faschisten und der Verteidigung von Immigranten noch nie etwas zu tun hatte. Die von SPD und PDS betriebene Verharmlosung der faschistischen Mörderbanden als „verführte Jugendliche“ und ihr höflicher Umgang mit diesen vermeintlich harmlosen „Ultrarechten“ hat viele Anhänger gefunden.

Wir meinen dagegen: Faschisten sind Schocktruppen des Kapitals, die durch Arbeitereinheitenfrontaktionen zerschlagen werden müssen – egal, ob sie als minderjährige Pimpfe mit Bomberjacken und Kampfstiefeln oder in Schlips und Kragen ihren Terror verbreiten. Sie sind Schlägerbanden der herrschenden Klasse, deren Terror auf Immigranten, Roma und Sinti, Juden, Homosexuelle, Behinderte und andere Minderheiten zielt und letztlich auf die Zerschlagung der Linken und der organisierten Arbeiterbewegung.

Wie Trotzki zu den „verfassungsmäßigen“ Manövern der Faschisten in „Was nun?“ feststellte: „Das Pogrom-Wesen‘ des Faschismus kann sich erst nach seiner Machtübernahme ganz entfalten“ (siehe Zitat auf Seite 2 dieser Ausgabe). Die Faschisten sehen das Parlament als Tribüne, von der aus sie die rassistische Mordhetze hoffähig machen wollen. Dieses Manöver von SS-Schönhuber und seinesgleichen wird von den Sozialdemokraten beschönigt, um die Arbeiter von unabhängigen Aktionen abzuhalten. Und die GS macht gehorsamst mit. Wir erinnern an die Weigerung der GS, an einer Mobilisierung von Linken und Gewerkschaftern am 1. Mai in Berlin teilzunehmen, die eine Nazi-versammlung verhinderte (siehe *Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994).

In einem Absatz, der direkt aus Kanthers Verfassungsschutzbericht stammen könnte, lauten die ungeheuerlichen Argumente der GS:

„Das Erscheinungsbild der Reps ist jedoch geprägt durch Wahlkampfauftritte. Die Reps lehnen in ihrer Programmatik und Propaganda die Institutionen der bürgerlichen Demokratie nicht wie die Faschisten ab, sondern wollen diese ‚im Interesse Deutschlands‘ säubern.“

Und die GS „säubert“ die Reps – in wessen Interesse? Was macht es diesen „Anti-Faschisten“ der GS schon aus,

daß der SS-Mann Schönhuber direkt nach dem Anschlag auf die Lübecker Synagoge antisemitisch gegen Ignatz Bubis hetzte, den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, und ihn als „einen der schlimmsten Volkshetzer Deutschlands“ bezeichnete?

Republikaner haben unzählige Nazi-Überfälle und Anschläge auf Flüchtlingswohnheime begangen, wie der Mord an dem türkischen Metallarbeiter Ufuk Şahin, zu dem ihr rassistischer „Todeslied“-Wahlspot 1990 angestachelt hatte, und die Hinrichtung eines Türken in Mülheim an der Ruhr im März 1993. Dies ist aber nicht ausschlaggebend für die Gruppe Spartakus: Zwar ist auch ihnen „bekannt, daß Mitglieder der Reps Aktionen eindeutig faschistischen Charakters durchgeführt haben“. Vielen ist das bekannt, aber nur die GS zieht daraus die perverse Schlußfolgerung, daß es sich nur um „demokratische Saubermänner“ handelt. Solange die Reps, deren enge Verflechtung mit den Berliner Bullen bekannt ist, sich als loyale Anhänger des Grundgesetzes erklären...

Seit Jahren brechen die GSler in hysterische Schreie aus, wenn wir Spartakisten den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs als Viertes Reich des deutschen Imperialismus bezeichnen. Nachdem also die GS den bürgerlichen Staat als echt demokratisch beschönigt, kommt sie jetzt in logischer Reihenfolge dazu, die Nazis selber reinzuwaschen. So schreibt sie, „daß der bürgerlich-demokratische Staat nur *taktische* Differenzen gegenüber den Faschisten hat“, und bekräftigt noch einmal in ihrer September-Ausgabe, daß dieser „Konflikt zwischen bürgerlicher Demokratie und ihren Exekutivorganen sowie den Faschisten“ existiere. Einen besonderen „bürgerlich-demokratischen Staat“ gibt es aber nicht, der Staatsapparat der Kapitalisten bleibt bestehen unabhängig davon, zu welcher Herrschaftsform diese greifen, um die Arbeiter niederzuhalten. Wo, möchte man fragen, hat Hitler den Staatsapparat der Weimarer Republik umstoßen müssen, um die Herrschaft der Nazis zu befestigen? Und hat nicht die BRD nach 1945 Verfassungsschutz und Justiz intakt vom Hitler-Faschismus übernommen, während die Bullen ihre braune Kluft einfach in den Schrank hängten? Aber genau das wollen die GSler verwischen.

Die Faschisten sind die Todfeinde der Arbeiterklasse, ihr Programm ist der Völkermord. Beim Kampf gegen sie geht es um die Verteidigung von Immigranten, Minderheiten und Arbeiterorganisationen. Wir Spartakisten kämpfen dafür, im Kampf gegen Nazi-Terror die Machtorgane der Arbeiterklasse aufzubauen, die sich notwendig gegen die Herrschaft der kapitalistischen Klasse selbst richten, die den Nährboden für die mörderischen Nazibandens schafft.

Als die Verteidigung von Immigranten am 30. Januar 1993, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, konkret gestellt war, wo wir Spartakisten für eine Aktionseinheit von Arbeitern/Immigranten/Jugendlichen zur Verteidigung eines Immigrantenwohnheims in Berlin mobilisierten, kriegte die GS Muffensausen und haute ab. Denn dort ging es um eine *Aktion*, nicht um einen faulen Propagandablock. Erst überließ sie den Kampf gegen die Nazis anderen, jetzt stellen diese Mini-Sozialdemokraten den Rep-Nazis einen Persilschein aus. ■

Brasilien: Wahlsieg des IWF-Kandidaten Lulas Volksfront – Fessel der Arbeiterkämpfe

Die nationalen Wahlen am 3. Oktober in Brasilien ergaben einen klaren Sieg für Fernando Henrique Cardoso und seine durch und durch bürgerliche „sozialdemokratische“ Partei, die PSDB. Cardosos Sieg ist in starkem Maße auf den zur Zeit populären „Real-Plan“ zurückzuführen, benannt nach der neuen Währung, die eingeführt wurde, um Brasiliens spektakuläre finanzielle Instabilität zu „kurieren“. Dieses „Stabilisierungs“programm im Stil des Internationalen Währungsfonds ist direkt gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Die Abstimmung war eine klare Niederlage für Cardosos wichtigsten Wahlgegner, die Frente Brasil Popular unter der Führung von Luiz Inácio „Lula“ da Silva von der Partido dos Trabalhadores (PT – Arbeiterpartei). Die ganze Zeit über war es das Ziel der PT-Wahlkampagne, ihre Respektabilität und ihre Tauglichkeit zur Verwaltung des brasilianischen Kapitalismus zu beweisen. Lula schaffte es, daß man ihn praktisch nicht mehr von Cardoso unterscheiden konnte – dem er vorwarf, sein Programm „gestohlen“ zu haben! Vor die „Wahl“ gestellt, ob die vom IWF angeordneten Kürzungen und Entlassungen von Lula oder von Cardoso verwaltet werden, entschieden sich die brasilianischen Wähler für den letzteren, der wenigstens versprach, durch drastische Senkung der Inflation für „Stabilität“ zu sorgen.

In der ganzen Welt haben die Pseudotrotzkisten verschiedener Tendenzen, und besonders Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat, die brasilianische PT für ein Modell einer nichtstalinistischen Partei des „demokratischen Sozialismus“ gehalten, in der sie dadurch Masseneinfluß zu erreichen hofften, daß sie als linke Berater für Lula & Co. auftraten. Aber die PT bildete eine Volksfront als eine Garantie für die internationale und einheimische Bourgeoisie. Lulas Frente Brasil Popular (FBP), wie sie treffend heißt, ist eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, die die

Arbeiterbewegung und die Linke an die Politiker und Institutionen des bürgerlichen Staates bindet. In Richtung Streitkräfte versprach Lula, den Militärhaushalt zu verdreifachen, und forderte, den bisher nicht existierenden Posten eines Verteidigungsministers einzurichten, um damit die Anerkennung für das Militär zu besiegeln. Dies erinnert an die „verfassungsmäßigen Garantien“, die Salvador Allende dem chilenischen Militär gab, was dem Putsch in Santiago im September 1973 den Weg geebnet hat.

Wie im Fall von Allendes Unidad Popular war die Position der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) gegenüber der FBP bei den Wahlen in Brasilien, keine Stimme für irgendeinen Kandidaten der Volksfront abzugeben. Dies war auch die Position einer kleinen Gruppe von revolutionären Arbeitern, die mit dem Sumpf der pseudotrotzkistischen Linken in Brasilien gebrochen und damit ihren langjährigen Kampf gegen Volksfrontpolitik fortgesetzt haben. Die folgende Erklärung, zuerst veröffentlicht und von uns übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 608, 14. Oktober 1994, ist das Ergebnis intensiver Diskussionen und bringt eine weitgehende programmatische Übereinstimmung zwischen der IKL und der Gruppe Luta Metalúrgica (Metallarbeiterkampf) von Brasilien zum Ausdruck. Luta Metalúrgica brach vor kurzem mit Causa Operária, die zu der Tendenz gehört, die von Jorge Altamiras argentinischer Partido Obrero geführt wird. Die Ausgangsbasis für diese Diskussionen war das von beiden Seiten geteilte Prinzip der proletarischen Opposition gegen Volksfronten und, keine Stimme für die Kandidaten solcher Formationen der Klassenzusammenarbeit zu geben. Eine weitere Schlüsselfrage, die unsere beiden Organisationen zusammenbrachte, war das leninistische Verständnis von der revolutionären Partei als dem „Volkstribun“, der gegen alle Formen von besonderer Unterdrückung kämpft. ■



AFF

Lula, Kandidat der Arbeiterpartei (PT) Brasiliens (oben, Mitte). Durch ihre Volksfront mit kleinen bürgerlichen Parteien gaben die PT-Führer dem Kapital die Garantie, es nicht anzutasten



Goldgrub/Jornal do Brazil

Erklärung brüderlicher Beziehungen zwischen Luta Metalúrgica (Brasilien) und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

„Die historische Krise der Menschheit geht zurück auf die Krise der revolutionären Führung... [D]ie Krise der proletarischen Führung, die zu einer Krise der menschlichen Kultur geworden ist, [kann] nur durch die Vierte Internationale gelöst werden...“ (Leo Trotzki, Übergangsprogramm, 1938)

Die Gruppe Luta Metalúrgica [Metallarbeiterkampf] von Volta Redonda in Brasilien und die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) stimmen mit dieser Erklärung brüderlicher Beziehungen überein, als Teil des dringend notwendigen Kampfes, die Krise der proletarischen Führung zu überwinden durch die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als demokratisch-zentralistische Weltpartei der sozialistischen Revolution.

I.

„Die Frage aller Fragen ist gegenwärtig die Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder sogar nur technisches Manöver darzustellen, um mit ihren Waren im Schatten der Volksfront hausieren gehen zu können. In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie* für diese Epoche.“ (Leo Trotzki, „Letter to the Dutch RSAP“, Juli 1936, Hervorhebung im Original)

Seit dem Kampf von Marx und Engels für das Grundprinzip der revolutionären Unabhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie hat der wirkliche Marxismus gegen Klassenzusammenarbeit gekämpft. Der Kampf von Lenin und den Bolschewiki gegen Kerenskis Provisorische Regierung (die Trotzki später das größte historische Beispiel einer Volksfront nannte) fand seinen Höhepunkt in dem wichtigsten Sieg des Weltproletariats: der Oktoberrevolution von 1917. Im Gegensatz zum Verrat der Stalinisten, Sozialdemokraten und Zentristen kämpften die Anhänger der Vierten Internationale unter Trotzki's Führung geradezu gegen jede Unterstützung von Volksfronten, die in Frankreich und Spanien zu fürchterlichen Niederlagen des Proletariats führten und damit dem zweiten imperialistischen Weltkrieg den Weg bereiteten.

In unserer Zeit zieht der Kampf gegen Volksfrontpolitik eine Linie zwischen dem revolutionären Marxismus und allen Varianten des Opportunismus. In Chile fesselte Allendes Unidad Popular das kämpferische Proletariat an die Einrichtungen des bürgerlichen Staats und bereitete so das blutige Ergebnis von Pinochets Militärputsch 1973 vor. Schon zur Zeit von Allendes Wahl 1970, als alle pseudotrotzkistischen Strömungen die eine oder andere Art von Unterstützung der Volksfront befürworteten, warnte die Spartacist-Tendenz (die heutige IKL):

„Es ist die elementarste Pflicht für revolutionäre Marxisten, sich bei den Wahlen unversöhnlich gegen die Volksfront zu wenden und absolut kein Vertrauen in sie zu setzen, wenn sie an der Macht ist. Jede ‚kritische Unterstützung‘ für die Allende-Koalition ist Klassenverrat und bereitet eine blutige Niederlage für die Arbeiterklasse vor, sobald die nationale Reaktion, unterstützt vom internationalen Imperialismus, bereit ist.“ (Spartacist, englische Ausgabe Nr. 19, November/Dezember 1970)

Bei der Wahl von Mitterrands Volksfront 1981 in Frankreich warnten die Spartakisten erneut vor jeder Unterstützung dieser Klassenzusammenarbeit, während Pseudotrotzkisten (von Mandel und Moreno bis Lambert und Altamira) sie als einen „Sieg“ der Arbeiterklasse feierten. Die Politik der Volksfront führte von Bolivien bis El Salvador, Nicaragua und vielen anderen Ländern zu weiteren Niederlagen.

Im heutigen Südafrika fesselt die nationalistische Volksfront um den Afrikanischen Nationalkongreß unter Führung von Nelson Mandela die schwarzen Arbeiter an den bürgerlichen Staatsapparat, der das mörderische Apartheid-Regime aufrechterhalten hat. Es ist die Pflicht von Revolutionären, dringend vor jeder politischen Unterstützung für und jedes Vertrauen in die „Machtteilungs“-regierung zu warnen, die bereits gegen die schwarzen und „farbigen“ [von Vorfahren unterschiedlicher Hautfarbe abstammenden] Arbeiter vorgeht. Wir stellen fest, wie wichtig der Kampf gegen die Volksfrontpolitik der reformistischen brasilianischen Partido dos Trabalhadores (PT – Arbeiterpartei) für revolutionäre Arbeiter in Südafrika ist und wie wichtig die Ereignisse in Südafrika für die Arbeiter und radikalen Jugendlichen in Brasilien sind.

In Brasilien ist die Linke von Nationalismus und Volksfront-Reformismus durchdrungen. Im Moment wetteifern ihre verschiedenen Strömungen miteinander darum, welche von ihnen am besten vor der Frente Brasil Popular (FBP), der unverhüllten Koalition von Lulas PT mit bürgerlichen Politikern, kapitulieren kann. Diese Front schöpft alle Möglichkeiten aus, um die Ausgebeuteten und Unterdrückten zu demobilisieren, in diesem Land, das ein sehr kämpferisches Proletariat hat und tiefgehende soziale Unruhen erlebt. Die Gewerkschaftsbürokraten und ihre linken Berater bestehen darauf, daß die Werk tätigen, statt zu kämpfen, darauf „warten“ müssen, daß Lula gewählt wird, und nicht seine bürgerlichen Bündnispartner „verschrecken“ dürfen. Die Stalinisten (PPS und PCdoB [Sozialistische Volkspartei, früher die moskautreue KP, und die Kommunistische Partei Brasiliens, früher auf Albanien orientiert]) mit ihrer Doktrin der Klassenzusammenarbeit – sie unterstützten die bürgerlichen Regierungen von Sarney, Collor und Itamar Franco – sind jetzt ein Teil der von Lula geführten Volksfront. Während die Mandelianer von Democracia Socialista und die Lambertisten von O Trabalho [Die Arbeit] an ihrer inzwischen schon traditionellen Rolle als treue Diener der Führung von Lula & Co. richtig Gefallen haben, schlagen die Morenoisten der PSTU [Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei] heuchlerisch „kritische“ Töne an – zum gleichen Zeitpunkt, wo sie öffentlich der FBP beigetreten sind.

Links von diesen Strömungen gibt es die Zentristen von Causa Operária (CO) [Sache der Arbeiter, verbunden mit der argentinischen Partido Obrero von Jorge Altamira]. Die Genossen von Luta Metalúrgica wurden ursprünglich zur CO rekrutiert, weil sie dachten, sie stelle eine revolutionäre, trotzkistische Opposition zur Volksfront dar. Aber schon bei den Wahlen 1989, als CO die Volksfront „kritisierete“, rief sie gleichzeitig zur Wahl von Lula auf, dem Kandidaten der Volksfront. Damit hatte ihre „Kritik“ keine Konse-

Fortgesetzt auf Seite 14

Brüderliche Beziehungen...

Fortsetzung von Seite 13

quenz für ihre Handlungen, sie diene nur als Feigenblatt für ihre Stimmabgabe für Klassenzusammenarbeit.

Vor den Wahlen 1994 hat sich CO hin und her gewunden: Zunächst versuchten sie, einen „Unterschied zwischen Unterstützung und Wahlkampf für Lula und einem möglichen Wahlauftritt für den Kandidaten der PT“ (*Circular Interna* – Internes Bulletin, 1. April) zu machen, später täuschten sie die Position „keine Stimme für die Kandidaten der Frente Brasil Popular“ (*Causa Operária*, 12. Juni) vor, nur um am Ende zur „Wahl von Lula und den Arbeiter- und Bauern-Kandidaten“ (*Causa Operária*, 1. August) aufzurufen. CO wiederholt dabei den typischen Trick der Pseudotrotzkisten, zu argumentieren, daß eine Stimme für die „Arbeiterkandidaten“ der Volksfront (in diesem Fall einschließlich ihres Präsidentschaftskandidaten) irgend etwas „anderes“ sei als die Wahl der Volksfront selbst.

Für diese Kleinbürger, die mit ihren Waren im Schatten der Volksfront hausieren gehen, sind „linke“ Phrasen nicht ernstzunehmen, sondern dienen nur zur Beschönigung ihres Hinterherkriechens hinter ihren reformistischen Herren! Ihre Linie hat *nichts* mit der von Trotzki zu tun, der die Unterstützung der spanischen Volksfront durch die POUM von Andrés Nin als einen *Verrat* bezeichnete und in bezug auf die Volksfrontregierung betonte: „Es kommt darauf an, die Massen offen und kühn gegen die Volksfrontregierung zu mobilisieren“ („Ist in Spanien ein Sieg möglich“, April 1937).

Wir stellen fest, daß diese „national-trotzkistische“ Stimmung [von Altamira] ihre Verrätereien traditionell durch menschwistische Etappenpolitik gerechtfertigt hat und sich auf die „antiimperialistische Einheitsfront“ bezog, eine Formel, die von Guillermo Lora (früherer Bündnispartner von Jorge Altamiras Partido Obrero in Argentinien und der CO in Brasilien) in Bolivien benutzt wurde, um seine schändliche Kapitulation vor einer ganzen Reihe von Volksfronten zu rechtfertigen.

Entgegen diesem Menschewismus charakterisierten die Genossen der Zelle Volta Redonda (Luta Metalúrgica) in einem gegen die Linie von CO gerichteten Dokument (April 1994) die FBP als eine „Front der Klassenzusammenarbeit“, eine Volksfront. Sie forderten, „daß Causa Operária mit der PT und der Volksfront in all ihren Varianten bricht... Die elementare Pflicht aller revolutionären Marxisten ist es, unversöhnlich gegen die Volksfront bei den Wahlen zu kämpfen und absolut kein Vertrauen in sie zu haben.“ Die CO-Führung *unterdrückte* diese klare Verurteilung, zusammen mit dem gesamten Schlußteil des Dokuments, im *Circular Interna* der CO. Ein anschließendes Dokument (Juli 1994), das die Genossen gegen die Kapitulation von CO schrieben, schloß mit der klaren Losung: „Für eine revolutionäre Arbeiterpartei – Keine Stimme für die Volksfront oder Lula.“ Die Internationale Kommunistische Liga hat die gleiche Position der kompromißlosen proletarischen Opposition gegen die Volksfront aufgestellt.

II.

Die heutige Weltlage ist zutiefst beeinflusst von der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas. Die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR – die Folge der Umzingelung und des enormen Drucks des Imperialismus und vorbereitet durch jahrzehntelangen Verrat der Stalinisten – stellte alles andere als einen „Sieg“ oder eine bloße „Episode“ dar, wie die Pseudotrotzkisten behaupten (darunter CO, die ihre Mitglieder praktisch von jeder Diskussion über

die russische Frage fernhielt), sondern eine große *Niederlage* für die Arbeiter in allen Ländern. Ihre Auswirkungen auf die halbkolonialen Opfer des Imperialismus sind sehr deutlich vom Irak bis Haiti, zusammen mit den zunehmenden militärischen Abenteuern des Yankee-Imperialismus, der heute den kubanischen deformierten Arbeiterstaat (von innen unterminiert durch die Castro-Bürokratie) zu erdrotseln droht.

In der gegenwärtigen „neuen Weltunordnung“ gibt es wachsende Rivalitäten zwischen den Imperialisten, brudermörderische Kriege zwischen ethnischen Gruppen, faschistische Überfälle auf Immigranten und dunkelhäutige Arbeiter in Europa, Angriffe auf die Rechte der Frauen. Gleichzeitig bieten Unruhen in der ganzen Welt – symbolisiert durch die Revolte der indianischen Bauern im Süden Mexikos, den siegreichen Air-France-Streik, Jugendmobilisierungen gegen Faschisten in Europa und viele andere Ereignisse – Gelegenheiten für die revolutionäre Intervention durch das Proletariat. Es ist dringender denn je, die internationale leninistische Avantgardepartei zu schmieden.

Trotzki, der Gründer der Roten Armee, lehrte uns, daß diejenigen, die nicht die bereits erzielten Errungenschaften verteidigen, nie neue Errungenschaften werden erobern können. Er zeigte den Doppelcharakter der [stalinistischen] Bürokratie, einer engstirnigen nationalistischen Kaste, die sich auf die Errungenschaften des Oktober stützt: Zeitweilig war sie gezwungen, diese Errungenschaften auf ihre eigene unvollständige und widersprüchliche Weise zu verteidigen, und gleichzeitig unterminierte sie diese durch den Verrat an der Weltrevolution und das Zertrampeln der Arbeiterdemokratie.

Trotzki und James P. Cannon, der Begründer des nordamerikanischen Trotzkismus, verglichen die revolutionäre Politik gegenüber der UdSSR mit der Lage einer bürokratisierten Gewerkschaft. Bewußte Arbeiter verteidigen die Gewerkschaft gegen die kapitalistische Regierung und die Bosse und kämpfen gleichzeitig für eine revolutionäre Führung, um die verräterischen Bürokraten hinauszuerwerfen. Genauso war es die Pflicht des Weltproletariats, die UdSSR bedingungslos militärisch zu verteidigen und gleichzeitig darum zu kämpfen, die stalinistische Bürokratie durch eine proletarische politische Revolution zu stürzen, was für die Verhinderung einer kapitalistischen Restauration unbedingt erforderlich war. Während der ganzen Zeit der Linken Opposition und des Kampfes für die Vierte Internationale betonte Trotzki: „*Die Verteidigung der Sowjetunion* gegen die Anschläge seitens der kapitalistischen Feinde ist, unabhängig von den Umständen und unmittelbaren Ursachen des Zusammenstoßes, elementare und gebieterische Pflicht jeder ehrlichen Arbeiterorganisation“ („Krieg und die Vierte Internationale“, Juni 1934).

Die CO-Führung sprach nie über solche klassischen Werke von Trotzki wie *Verteidigung des Marxismus* (geschrieben gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman – Renegaten, die sich von der Verteidigung der UdSSR lossagten), weil sie gegenüber allen Konflikten zwischen den kapitalistischen Feinden und der UdSSR eine Neo-Shachtman-Position hatte. Nachdem die Altamira-Anhänger die islamische „Revolution“ des feudalistischen Henkers Chomeini im Iran bejubelt hatten, stellten sie sich gegen die sowjetische Intervention gegen die „heiligen Krieger“ in Afghanistan, die für den Sturz des linksnationalistischen Regimes kämpften, weil es das „Verbrechen“ beging, Gesetze zur Ausbildung von Frauen und zur Landreform zu verabschieden. Die CIA rüstete die antikommunistischen Fanatiker mit enormen Mengen von Waffen und Geld aus, damit sie auf diesem Schlachtfeld des zweiten Kalten Kriegs sowjetische Soldaten töten. In Brasilien führ-

ten die Ultrareaktionäre von Familie, Tradition und Eigentum Demonstrationen durch mit dem Schlachtruf „Russen raus aus Afghanistan“, und die Pseudotrotzkisten hatten die gleiche Position! Die Spartacist-Tendenz folgte den Prinzipien von Trotzki's Vierter Internationale und verteidigte die UdSSR sowie die Frauen und Unterdrückten Afghanistans und erklärte: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“

Als in Polen sich Solidarność als eine klerikal-nationalistische Bewegung für die Restauration des Kapitalismus unter der Patenschaft des Vatikans und Reagans festigte, pries die brasilianische PT das „Beispiel“ von Walesa; besonders Lula trachtete danach, sich mit dieser Marionette des Imperialismus zu identifizieren. Die Frage von Solidarność war eine Feuerprobe für jede Strömung, die sich trotzkistisch nannte. Die Pseudotrotzkisten brüllten ihr „Solidarität mit Solidarność“. Während Moreno „Alle Macht für Solidarność“ forderte, verlangte Altamira „die Machtergreifung von Solidarność“. Im Gegensatz dazu erklärten die Spartakisten: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“ Wie die Genossen von Luta Metalúrgica in ihrem Dokument vom Juli erklärten, war „der Arbeiter“ Walesa, dem die Pseudotrotzkisten folgten, „das beste und wichtigste Instrument des Imperialismus und des Vatikans für die Konterrevolution“. Wie die IKL warnte, hat der Sieg dieser antikommunistischen Bewegung den Werktätigen Polens schreckliches Leid gebracht.

Die CO-Führung besaß die Unverfrorenheit, die Genossen von Luta Metalúrgica dafür anzugreifen, daß sie die Wahrheit zu sagen wagten, die für Millionen klassenbewußte Arbeiter offensichtlich ist: daß die Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats von Ostdeutschland durch den Anschluß an den deutschen Imperialismus eine Niederlage für die Arbeiter aller Länder war. Während sich die IKL in den Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für ein rotes Rätendeutschland als Teil eines sozialistischen Europas stürzte, behauptete Altamira, daß „die unechte ‚Vereinigung‘ Deutschlands ... früher oder später eine große Massenmobilisierung hervorrufen muß und eine revolutionäre Situation, von der kein Land Europas ausgenommen bleiben wird“ (*Prensa Obrera*, 3. Juli 1990). Die deutsche Wiedervereinigung erzeugte alles andere als eine „revolutionäre“ Situation, sondern brachte einen Anstieg des rassistischen Terrors, Arbeitslosigkeit für Millionen durch die Schließung von Fabriken und die Zerstörung von Errungenschaften der Werktätigen mit besonders brutalen Folgen für werktätige Frauen.

Als die Spartakisten in New York eine Protestkundgebung gegen den Abzug der sowjetischen Brigade [aus Kuba] durch Gorbatschow und Jelzin 1991 organisierten, der dem Imperialismus grünes Licht für eine mögliche Invasion gab, protestierte die Zeitung von CO (12.–18. Oktober 1991) überhaupt nicht, sondern verkündete, das Ereignis habe keine Bedeutung, weil „die Anwesenheit sowjetischer Truppen nichts mit der Verteidigung der Insel zu tun hat“. Jetzt veröffentlicht die CO eine Resolution (17. Juli 1994) ihres Nationalkongresses über Clintons Drohung mit einer Invasion Haitis, in der die unmittelbare Gefahr, vor der die kubanische Revolution steht, *nicht einmal erwähnt* wird.

Der Tiefpunkt wurde erreicht, als Jelzin den fehlgeschlagenen Putsch der „Achterbande“ im August 1991 zum

Anlaß für eine Kampagne nahm, das, was von den Errungenschaften des Oktober und dem Sowjetstaat noch übrig war, völlig zu zerstören. In der UdSSR verteilte die IKL Tausende Flugblätter mit dem dringenden Aufruf: „Sowjetische Arbeiter: Besiegt die Konterrevolution von Jelzin/Bush!“ Während die Moreno-Anhänger die „neue russische Revolution“ bejubelten, bestand die absurde Linie von Altamira darin, daß der US-Imperialismus seine Unterstützung nicht seinem Vertrauten Jelzin gegeben habe, sondern der „Achterbande“ — mit anderen Worten, daß die Hauptsache für die sowjetischen Arbeiter damals der Kampf gegen diese stalinistischen Ehemaligen gewesen sei und *nicht* gegen Jelzin, Bushs Mann und die Speerspitze der offenen kapitalistischen Konterrevolution. CO wiederholte die erfundene Propaganda, eine „Massenmobilisierung“



GAMMA

Allendes Volksfront in Chile ebnete Pinochets blutigem Putsch 1973 den Weg

hätte den vermurksten Putsch der Achterbande niedergeschlagen.

Es ist offensichtlich, warum Altamira und die CO nicht wollen, daß ihre Mitglieder von Trotzki's Linie zur russischen Frage erfahren! Es ist kein Zufall, daß eine Strömung, die vor der Klassenzusammenarbeit mit ihrer „eigenen“ Bourgeoisie kapituliert, auch vor der imperialistischen Kampagne gegen die Errungenschaften der Oktoberrevolution kapituliert, einer Kampagne, die in der Zerstörung der Sowjetunion gipfelte.

III.

Die Kommunistische Internationale von Lenin und Trotzki verkündete: „Das Negerproblem ist zur lebenswichtigen Frage der Weltrevolution geworden“. Brasilien hat nach Nigeria die größte schwarze Bevölkerung in der Welt, und als Teil der brasilianischen Arbeiterklasse haben die schwarzen und mulattischen Arbeiter eine enorme soziale Macht. Der Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen in Brasilien ist eine *strategische* Frage der proletarischen Revolution. Wie Cannon in seinem Aufsatz über die Russische Revolution und die Schwarzen in den USA (1961) feststellte, waren es Lenin und die Bolschewiki, die darauf bestanden, daß die Unterdrückung der Schwarzen eine besondere Frage ist, die die besondere Aufmerksamkeit und Arbeit der revolutionären Partei erfordert.

Fortgesetzt auf Seite 16

Brüderliche Beziehungen...

Fortsetzung von Seite 15

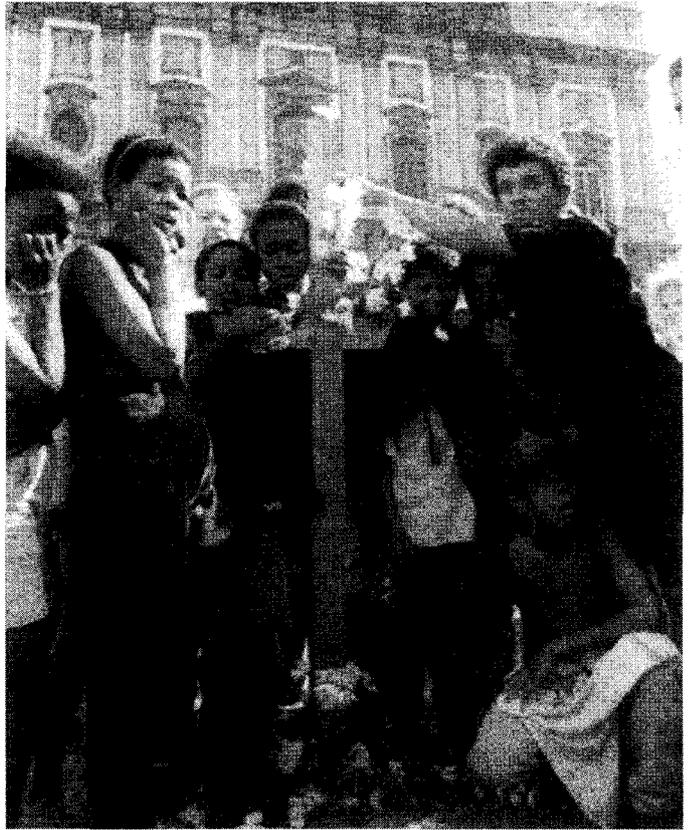
Wie Lenin in *Was tun* schrieb, muß die Avantgardepartei der „Volkstribun“ sein, der dafür kämpft, die Macht der Arbeiterklasse gegen jede Art von Unterdrückung zu mobilisieren. Die Dringlichkeit dieses Kampfes sieht man in Brasilien, wo Todesschwadronen dauernd schwarze „Straßenkinder“ töten. In den Stahlwerken sind schwarze Arbeiter dazu verdammt, an Leukopenie zu sterben. [Blutkrankheit, verursacht durch Dämpfe, aus den Hochöfen, die hauptsächlich von schwarzen Arbeitern bedient werden. Als Luta Metalúrgica dies anprangerte, sagten die Firmen, diese Krankheit sei bei Schwarzen „genetisch“ bedingt. – Anmerkung des Übersetzers] Aber die Haltung der Pseudolinken in Brasilien, die der sozialdemokratischen PT und der Bürokratie des CUT [PT-freundlicher Gewerkschaftsbund] folgen, ist die bornierte „gewerkschaftliche“ und ökonomistische Position, gegen die Lenins Bolschewiki kämpften.

Dies kann man auf höchst skandalöse Weise im Fall von Causa Operária sehen, die, wie die Genossen von Luta Metalúrgica festgestellt haben, vor der Unterdrückung der Schwarzen bewußt *die Augen verschließt*. CO hat diese Frage noch nicht einmal in den 6600 Zeilen ihrer Sammlung grundlegender Dokumente von 1979 bis 1988 (*Bases Programáticas*) aufgegriffen. Diese Sammlung wurde gerade veröffentlicht, als zum hundertsten Jahrestag der Abschaffung der Sklaverei Zehntausende Schwarze durch die Straßen marschierten, Parolen gegen den brutalen Rassismus des heutigen Brasilien riefen und versuchten, die Statue des rassistischen Massenmörders Caxias niederzureißen! [Gründer der brasilianischen Armee, der den Krieg von 1864–70 gegen Paraguay gewann (und dabei das Land entvölkerte) und der Rebellionen von Schwarzen und Bauern blutig niederschlug. – Anmerkung des Übersetzers]

Als wichtigen Beitrag, diese strategische Frage anzugehen, schrieb Luta Metalúrgica im August 1993 ein Dokument für eine Versammlung über „Die Rolle der CUT im Kampf gegen Rassismus“. In diesem Dokument, das eine Übergangsperiode in der Entwicklung der Gruppe widerspiegelt und durch einige unwichtige Schwächen gekennzeichnet war (wie die Losung für schwarze Fraktionen in den Gewerkschaften), riefen die Genossen zu Arbeiter- und Bauernmilizen zur Selbstverteidigung im Kampf gegen rassistischen Terror auf, prangerten die Zwangssterilisierung schwarzer Frauen an und kritisierten das Schweigen der Pseudolinken zur Unterdrückung der Schwarzen, das Hand in Hand ging mit der Tatsache, daß die große Mehrheit der „Linken“ einem Hunger-Mindestlohn (weniger als 100 Dollar pro Monat) zustimmte, der Millionen Schwarze zu Superausbeutung verurteilt. In der letzten Zeit, durch eine bedeutende internationalistische Anstrengung, übersetzten die Genossen das Dokument „Black and Red – Class Struggle Road to Negro Freedom“ (1967), in dem die Spartacist League/U.S. das Programm des revolutionären Integrationismus ausarbeitete.

Für die leninistische Partei ist es unverzichtbar, daß sie als Tribun der Unterdrückten das Banner des Kampfes gegen die Unterdrückung der Frauen erhebt, die in der Institution der bürgerlichen Familie ihre Wurzeln hat – eine Frage von äußerster Wichtigkeit in Brasilien –, als Teil des Programms der permanenten Revolution. Die Verteidigung der Rechte von Indianern und Homosexuellen ist ein wichtiges Element im Kampf gegen die bürgerlichen Vorurteile, die das Bewußtsein der Werktätigen vergiften, und gegen die nationalistiche Pseudolinke, die die sozialen Werte „ihrer eigenen“ Bourgeoisie wiedergibt.

Was Trotzki 1939 über die Schwarzen in den USA



AP
Brasilianische Straßenkinder, zu Hunderten von der Polizei ermordet

schrieb, gilt heute genauso:

„Wir müssen den bewußten Elementen der Neger sagen, daß sie durch die historische Entwicklung dazu berufen sind, zu einer Avantgarde der Arbeiterklasse zu werden... Sollten wir ... nicht in der Lage sein, zu dieser Schicht den Weg zu finden, dann taugen wir überhaupt nichts. Die permanente Revolution und alles übrige wäre nur eine Lüge.“ (Leo Trotzki, „Plans for the Negro Organization“, April 1939)

Die Frage der Schwarzen in Brasilien ist wie in den USA keine nationale Frage, und die Phantasien des schwarzen Nationalismus über „Selbstbestimmung“ sind ein Hindernis für den Kampf gegen Unterdrückung. Der einzige Weg zur Befreiung der Schwarzen ist der Weg der sozialistischen Revolution, die vom Proletariat unter der Führung einer multirassistischen leninistischen Partei durchgeführt wird. Dies bedeutet, es ist unerläßlich, schwarze Kader der internationalistischen trotzkistischen Partei zu schmieden. Inspiriert durch den Heroismus von solchen Kämpfern wie Zumbi, João Candido, Toussaint L'Ouverture, Frederick Douglass, John Brown und Sojourner Truth, ist der Beginn eines gemeinsamen Studiums der Frage der Schwarzen ein wichtiges Element dieser brüderlichen Beziehungen.

IV.

Die Genossen von Luta Metalúrgica zitierten am Ende ihres Dokuments vom April gegen die Volksfront, was Trotzki in den 30er Jahren über Spanien schrieb: „Für eine erfolgreiche Lösung aller dieser Aufgaben sind drei Bedingungen Voraussetzung: eine Partei, noch einmal eine Partei, und zum dritten: eine Partei!“ In ihrem Aufruf zu „einer revolutionären Umgruppierung, die die Form des Aufbaus einer trotzkistischen Partei mit einer festen marxistischen programmatischen Basis annimmt“, betonten sie: „Der Schlüssel zu einer gut begründeten revolutionären Umgruppierung ist daher ein tiefgehender Kampf für Inter-

nationalismus und das Übergangsprogramm.“

Unbedingt erforderlich für diese Bemühung ist der Kampf, für einen leninistischen Kern *Kader zu schmieden*. Die Partei wird, in Lenins Worten, „von oben nach unten“ aufgebaut, auf der Basis des *Programms* der Vierten Internationale. In seinen Anfängen muß ein solcher Kern – im Gegensatz zu den hohlen „Massen“-Ansprüchen der Pseudolinken – eine *kämpfende Propagandagruppe* sein. In Brasilien ist es eine Priorität, eine trotzkistische Zeitschrift herauszugeben, die mit der wirklichen Größe und Arbeit der Gruppe im Einklang steht, um Propaganda für das revolutionäre Programm durchzuführen. Mit der Autorität, die sie in jahrelangen erbitterten Arbeiterkämpfen gewonnen haben, stehen die Genossen von Luta Metalúrgica vor der Notwendigkeit, gegen diejenigen zu polemisieren, die den Namen des Trotzismus in den Dreck ziehen – in erster Linie die Zentristen von Causa Operária –, die Gelegenheit zu Umgruppierungen durch Spaltungen und Fusionen zu suchen und Jugendliche zu rekrutieren, so daß eine neue Generation von Revolutionären den Kampf gegen die kapitalistische Barbarei aufnehmen kann. Die Bemühungen, eine Propagandagruppe aufzubauen, werden sicherlich schwierige Entscheidungen über Prioritäten mit sich bringen, die durch kollektive Diskussionen getroffen werden müssen.

Die verrotteten Werte von halbsozialdemokratischen Gruppen wie der PSTU und der CO zeigen sich nicht nur bei solchen Fragen wie ihrer Unterstützung für „Streiks“ der Polizei (den Profis der arbeiterfeindlichen und rassistischen Unterdrückung) und ihren Forderungen nach einer mehr „volksnahen“ Polizei. Sie zeigen sich auch in der offenen Verachtung der CO-Führer gegenüber den revolutionären Arbeitern von Luta Metalúrgica, die sie als „unwissend“ und rückständig diffamieren. Wir erklären gemeinsam einen erbarmungslosen Kampf zur politischen Demaskierung dieser Kleinbürger, die der Volksfront hinterherkriechen und bei keiner Gelegenheit gegen die Unterdrückung von Schwarzen und Frauen den Mund aufmachen.

Für uns ist Internationalismus kein nettes Gefühl für Sonntagsreden und Sonntagsresolutionen. Er bedeutet Kampf für den Aufbau einer Weltpartei, die auf revolutio-

närem demokratischem Zentralismus beruht, ganz im Gegensatz zu den nationalen Verbänden zahlloser nationalistischer Opportunisten. Die Geschichte des Kampfes von Luta Metalúrgica gegen die Volksfront und für die Suche nach einem proletarischen Programm gegen die Unterdrückung der Schwarzen hat eine weitgehende Parallelität mit dem Kampf der Spartacist-Tendenz seit ihrer Gründung und bietet eine solide Grundlage dafür, gemeinsam voranzugehen. Wir betonen die Notwendigkeit, gemeinsame Arbeit durchzuführen, in vollem Bewußtsein über die Schwierigkeiten, die sich durch die geographische Entfernung und andere Hindernisse ergeben; diese Schwierigkeiten zu überwinden erfordert bewußte, beiderseitige Anstrengungen. Wir halten als eine dringende Aufgabe fest, daß Genossen der IKL Portugiesisch lernen und Genossen von Luta Metalúrgica Spanisch und Englisch.

Unsere Perspektive besteht darin, daß diese brüderlichen Beziehungen ein Schritt zur Fusion unserer Organisationen sind, um unsere Bemühungen im Kampf für den Kommunismus auf dem ganzen Planeten zusammenzufassen. Die Verwirklichung einer solchen Fusion würde eine wichtige Ausweitung der IKL darstellen. Wir kämpfen für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf der Basis des Kommunismus von Lenin und Trotzki sowie der Regeln, wie sie im „Übergangsprogramm“ dargelegt sind:

„Der Realität ehrlich die Stirn bieten; nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen; alle Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; in kleinen wie in großen Dingen rigoros genau sein; sein Programm auf der Logik des Klassenkampfes begründen; kühn sein, wenn die Stunde des Handelns gekommen ist – das sind die Regeln der Vierten Internationale.“

20. September 1994

- Angenommen von Luta Metalúrgica, 22. September 1994
- Angenommen vom Internationalen Sekretariat, Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), 26. September 1994

Spartakist-Jugend und SpAD laden ein zur nationalen Schulung

Keine Macht für Niemand? Anarchismus oder Kommunismus

Sonnabend, 26. November
15.00 Uhr

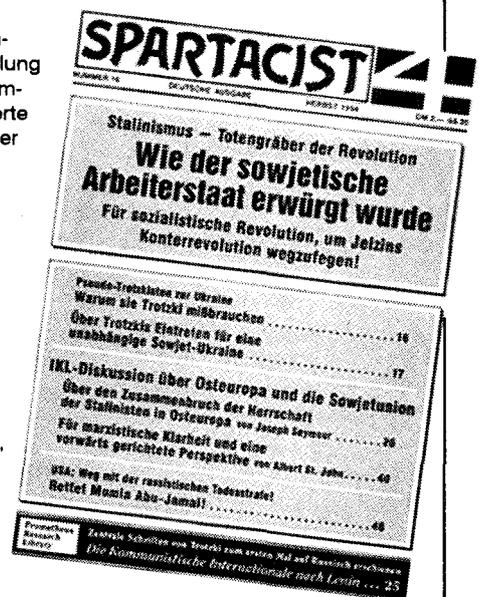
Ort zu erfragen über die Kontaktadressen oder telefonisch über: (030) 4 43 94 00

Spartacist (deutsche Ausgabe)

Nr. 16, Herbst 1994 (48 Seiten), DM 2,-

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

Bestellt bei: SpAD,
c/o Verlag Avantgarde,
Postfach 555,
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postgiro
Frankfurt/Main,
BLZ 500 10060



Kohls Feldzug...

Fortsetzung von Seite 1

nach dem Zweiten Weltkrieg ein gewisses Maß an sozialem Frieden erkaufte hatten. Genauso haben sich mit dem Wegfall des antisowjetischen Konsens die interimperialistischen Rivalitäten unter den NATO-Verbündeten und gegenüber Japan verschärft.

Nach der Verwüstung der ehemaligen DDR ist die deutsche Bourgeoisie entschlossen, ihre D-Mark-Dominanz in der EU zur „Integration“ des ganzen Kontinents einzusetzen. Und wie beim Anschluß sollen die Arbeiter in Deutschland und ganz Europa die Rechnung zahlen. Um dies durchzuführen, ist die geschwächte Kohl-Bande sogar noch stärker von der Unterstützung durch die SPD abhängig, sowohl im Bundestag als auch über die SPD-Führung der Gewerkschaften. Deshalb haben große bürgerliche Zeitungen und führende SPD-Politiker wie die Ministerpräsidenten Stolpe



J.H. Darchingner

PDSlerin Kerstin Kaiser, der SPD-Stasihetze geopfert

und Schröder eine direkte Regierungsbeteiligung der SPD in einer großen Koalition vorgeschlagen. Aber die verheerenden Ergebnisse der jahrzehntelangen großen Koalition in Österreich, die den Haider-Nazis über 22 Prozent einbrachten, ist den deutschen „Volksparteien“ nicht entgangen.

Die allgemeine Empörung der Werktätigen über die Offensive der Bosse könnte sich in harten Klassenkampf verwandeln. Bei dem gegenwärtigen bescheidenen Wirtschaftsaufschwung wissen die Arbeiter im ganzen Land, daß die Bosse Gewinne scheffeln, und fragen sich, wann sie ihren Teil abbekommen nach Jahren spürbarer Einschränkungen. Balladur in Frankreich und Berlusconi in Italien kriegten eine viel größere Mehrheit als Kohl. Aber sie waren schnell mit massivem Klassenkampf konfrontiert, als sie versuchten, die von der Bundesbank diktierten Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen (siehe „Volksfront kann starken Staat nicht bekämpfen“, Seite 24).

In allen Ländern wird die kapitalistische Kahlschlagpolitik von giftigem Nationalismus und rassistischem Terror begleitet, womit die Arbeiterklasse gespalten und eingeschüchtert werden soll. Als die VW-Bosse mit der Verlagerung der Produktion von der Brüsseler Fabrik drohten, wenn Arbeitshetze und Entlassungen nicht akzeptiert würden, antworteten die Arbeiter mit effektiven Streikposten und einem vierwöchigen Streik. Aber die deutschen IG-Metall-Bürokraten fielen den belgischen Autoarbeitern in den Rücken, indem sie die Verlagerung der Produktion hierher zuließen.

So planen IG-Metall-Chef Zwickel und Schröder, der im VW-Aufsichtsrat sitzt, zusammen mit Kohl und der Deutschen Bank die „Integration“ Europas. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, brauchen die Arbeiter statt dessen eine *gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit*, mit der die Löhne zumindest der Inflationsrate angeglichen werden und die Arbeitszeit gekürzt und damit die vorhandene Arbeit bei vollem Lohnausgleich auf alle Hände aufgeteilt wird. Um dies durchzusetzen, brauchen wir massiven Klassenkampf, der von Fabrikbesetzungen und Arbeiterverteidigungsgruppen bis zur Bildung von Arbeiterräten führt – nicht zu den Betriebsräten der Klassenzusammenarbeit, sondern zu Organen des Kampfes und der Macht. Dies würde die Basis für eine Arbeiterregierung legen, die durch die Enteignung der Bourgeoisie eine demokratisch geplante Wirtschaft errichtet, als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Die Bourgeoisie versucht verstärkt, die Arbeiter in Ost und West gegeneinander auszuspielen. Dies zeigte sich erst kürzlich wieder bei Zeiss, wo der SPD-Wirtschaftsminister Spöri in Baden-Württemberg gegen die Ost-Zeissianer hetzte. *Neues Deutschland* pries die Betriebsräte als Helden des Widerstands – die in Jena seit 1990 schon zehntausenden Entlassungen zugestimmt haben – und spricht von einem neuen Bischofferode. Damals ging es darum, den Kampf der Kali-Kumpel nach Westen auszuweiten; statt dessen unterstützte die PDS die Strategie des impotenten Hungerstreiks und verwandelte den Kampf der Kumpel in eine Ost-„Volksbewegung“. Damit half sie den DGB-Bonzen, den notwendigen gemeinsamen Klassenkampf von Ost und West zu sabotieren. Jetzt, wo es mit den Streikaktionen der Zeissianer im Westen und im Osten günstige Bedingungen für gemeinsamen Klassenkampf gibt, bietet die PDS erneut eine „Ostkammer“ im Bundestag als Meckerecke an, um die Arbeiter vom Kampf gegen die Bosse ins nationalistische Fahrwasser abzulenken.

Die große Koalition der Rassisten in Bonn hat das Recht auf Asyl zerstört, Abschiebungen beschleunigt und die politischen und kulturellen Aktivitäten der 600 000 Kurden in Deutschland verboten. In Schröders Hannover wurde der junge Kurde Halim Dener von den Bullen in den Rücken geschossen, als er das „Verbrechen“ beging, PKK-Plakate zu kleben. Ende August wurde am Frankfurter Flughafen der Nigerianer Kola Bankole vom BGS zu Tode erstickt. Die Brutalität der rassistischen Polizei ist so weit „außer Kontrolle“ geraten, daß der Hamburger SPD-Innenminister zum Rücktritt gezwungen war.

Weil die Bonner Parteien den Nazis den Wind aus den Segeln genommen haben, schnitten diese bei den Wahlen schlechter ab. Aber die Hauptaktivität der Nazis ist nicht im Parlament, sondern auf der Straße. Dort hat in der Periode vor den Wahlen der alltägliche faschistische Nazi/Skinhead-Terror, der durch die kapitalistische Wiedervereinigung entfacht wurde, drastisch zugenommen. Zum ersten Mal nach dem Dritten Reich wurde eine Synagoge in Lübeck abgebrannt, Nazi-Skinheads schändeten die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald, wüteten durch die Magdeburger Innenstadt und verbreiten in den Berliner S-Bahnen ihren Terror. Sie greifen Bonns Abbau der Sozialleistungen auf und überfallen Schwule, Obdachlose, Behinderte, Alte – alle, die schwach und angreifbar aussehen.

Aber die eingewanderten Arbeiter sind ein strategischer und militanter Bestandteil der Arbeiterbewegung. Kein Vertrauen in die rassistischen Bullen, für Verteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten, um den faschistischen Terror zu stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für *alle* Immigranten! Die Arbeiter brauchen eine revolutionäre internationalistische Partei, die gegen jede Art von be-

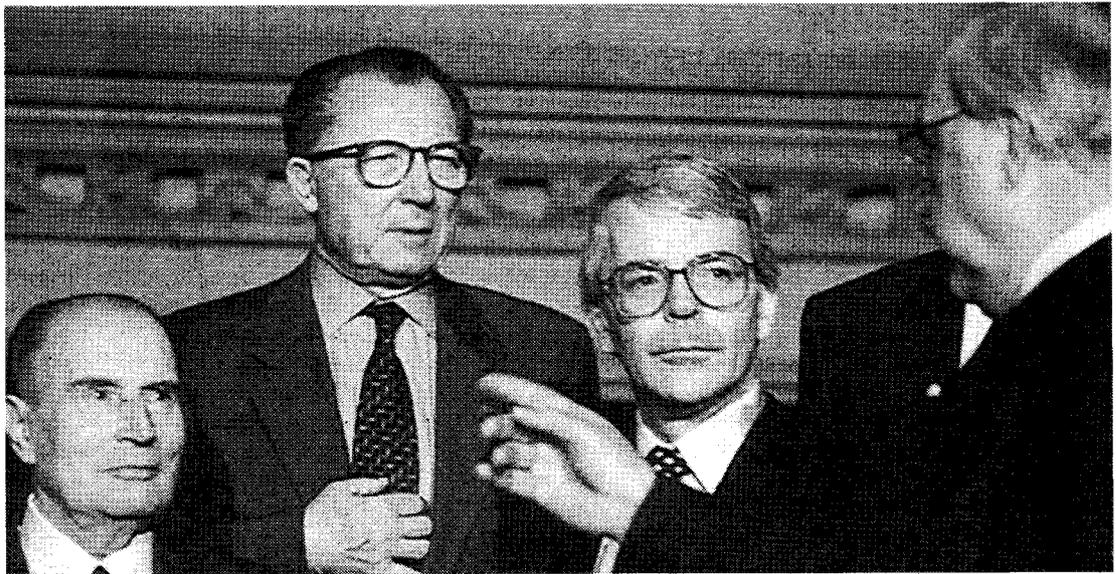
sonderer Unterdrückung und Klassenkollaboration kämpft und für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse für ihre eigene politische Macht.

Die PDS hatte bereits bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt viele Proteststimmen erhalten und dadurch die SPD und die Grünen dazu genötigt, mittels einer „Tolerierung“ durch die PDS zu regieren – eine wirklich sklavische Form bedingungsloser Unterstützung. Scharping führte seine Wahlkampagne nicht gegen die Kohl-Bande, sondern gegen seine eigenen Magdeburger Genossen, die die in seinen Augen unverzeihliche Sünde begangen hatten, Unterstützung von der SED-Nachfolgepartei zu akzeptieren.

CDU/SPD-Hexenjagd geht nach hinten los, PDS macht trotzdem mit

Doch es wird klar, daß die Hexenjagd nicht mehr so populär ist, die SPD selbst ist über ihre Orientierung zur PDS polarisiert. Denn auch vier Jahre nach der kapitalistischen Konterrevolution ist sie zwischen Ost und West gespalten. Trotz Scharpings Drohung mit einem „Riesenkraich“ flirtete der SPD-Landesvorsitzende Ringstorff von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin mit einer „Magdeburger Lösung“, obwohl am Ende wahrscheinlich eine große Koalition mit der CDU herauskommt. Ebenfalls plädiert der SPD-Ostpolitiker Egon Bahr, der aktiv bei der Unterminierung der DDR mithalf, für eine Umarmungsstrategie.

Die SPD hat der PDS in Schwerin als Voraussetzung für eine „Zusammenarbeit“ einen „Vier-Punkte-Katalog“ zur „Vergangenheitsbewältigung“ vorgelegt, der eine Loyalitätserklärung der PDS zum Grundgesetz und eine Entschuldigung für die „Zwangsvereinigung“ von KPD und SPD zur SED verlangte. Daraufhin revanchierten sich „Mitarbei-



Mitterrand, Delors und Major. Kohl instruiert seine EU-Fürsten

Der Spiegel

terinnen und Mitarbeiter der PDS/LL-Bundestagsgruppe“ mit ihrer eigenen Liste von Verbrechen, für die die SPD sich entschuldigen sollte. Diese Liste enthält bestimmt die Hauptverbrechen der SPD, von der „Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914“, „Beihilfe ... zum Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“ bis zu den „Berufsverboten“ gegen Linke und der „faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl“. Aber dies hält die PDS nicht davon ab, der SPD bedingungslose Unterstützung in den Parlamenten anzubieten und sogar eine Wiederbelebung des Runden Tisches zu fordern, um die CDU von Bernd Seite zu beteiligen! Mit den „Runden Tischen“ haben die jetzigen PDS-Abgeordneten Christa Luft und Hans Modrow vor fünf Jahren den Ausverkauf der DDR organisiert. Und jetzt? Runde Tische für den Abbau des „Sozialstaats“?

So ist es nicht verwunderlich, daß Gysi es spannend findet, „ob sich die PDS in das Herrschaftssystem einordne oder nicht“ (PDS-Pressedienst, 28. Oktober). Bisky/Gysi & Co. demonstrieren weiterhin ihre Loyalität zur bürgerlichen Ordnung durch die Fortsetzung der Hexenjagd in ihren eigenen Reihen. So war es der erste Akt von Gysis „bunter Truppe“ nach dem PDS-Wahlerfolg, auf Geheiß

Fortgesetzt auf Seite 20

Schulungsreihen der Spartakist-Jugend

Berlin

Linkstreif, Weddingstraße 6
U-Bahn Nauener Platz
jeweils Samstags, 17 Uhr

19. November

Sozialismus und Staat

3. Dezember

Für den Kommunismus
von Lenin und Trotzki

Außerdem werden zwischen den Schulungssamstagen Filme und Videos gezeigt, z. B. „Reds“, „Rosa Luxemburg“, „Germinal“, „Die Wahrheit liegt in Rostock“.

Halle

Galeriecafe Steg
Stegpassage 2
jeweils Donnerstags, 19 Uhr

1. Dezember

Die Lehren der Russischen Revolution: Der Kampf für Arbeiter-
räte und die Auseinandersetzung mit
den Anarchisten

12. Januar

Sozialismus und Staat

26. Januar

Für den Kommunismus
von Lenin und Trotzki

Hamburg

Haus für Alle, Amandastraße 58
S/U-Bahn Sternschanze
jeweils Sonnabends, 15 Uhr

19. November

Die Lehren der Russischen Revolution: Der Kampf für Arbeiter-
räte und die Auseinandersetzung mit
den Anarchisten

3. Dezember

Sozialismus und Staat

10. Dezember

Für den Kommunismus
von Lenin und Trotzki

Literaturangaben und weitere Informationen sind über die Kontaktadressen erhältlich

Kohls Feldzug...

Fortsetzung von Seite 19

von Stefan Heym die gewählte Delegierte Kerstin Kaiser-Nicht als Stasi-Mitarbeiterin zu entfernen, gegen die Heyms Gegenkandidat, der SPD-Pfaffe Thierse „miese kleine Denunziantin“ giftete. Nicht nur ihr Wahlkreis in Brandenburg war in Aufruhr, auch der Hauseingang der Berliner PDS-Zentrale war mit Plakaten wie „Die Hexenjagd geht weiter, und Ihr helft dabei“ und „Künftig Weiße Riesen wählen – die waschen weißer als weiß“ vollgeklebt.

Die PDS-Führung ermutigt nur die antikommunistischen Hexenjäger, vor allem Gysis ehemalige Klienten aus der DDR-Opposition, ihn wieder einmal direkt ins Visier zu nehmen. Die Spartakisten dagegen haben *alle* Opfer der antikommunistischen Hexenjagd verteidigt und werden dies weiterhin tun.

Besonders betroffen von der Säuberung von Kerstin Kaiser-Nicht ist die Kommunistische Plattform, die loyale Opposition der PDS, die ihr Glaubwürdigkeit als einer linken Kraft verleihen will. Die Vorstellung der KomPlatt vom „Kommunismus“ ist ungefähr zwischen Karl Kautsky und Nikolai Bucharin angesiedelt. Praktisch sind sie jedesmal in die Knie gegangen, wenn Gysi und die Bourgeoisie dies verlangten. So haben sie vor kurzem gemeinsam mit den Parteivätern die vom Wege abgekommene Hamburger PDS-Ortsgruppe angeprangert, die auf einem Wahlplakat die Freilassung aller RAF-Gefangenen forderte (*Mitteilungen*, Oktober). Bisky/Gysi bereiten für ihren Parteitag im Januar Unvereinbarkeitsbeschlüsse unter „antistalinistischem“ Vorzeichen vor, die sich gegen jegliche linke Opposition richten werden.

Die PDS will sich in den Westen ausweiten, indem sie eine bunt gemischte Ansammlung von Leuten anzieht, darunter der „überzeugte Deutschnationale“ Graf von Einsiedel und Aussteiger aus der Neuen Linken wie der langjährige Mandel-Anhänger Winnie Wolf. Gleichzeitig macht sich der PDS-Ehrentorsitzende Hans Modrow (berühmt für sein „Deutschland, einig Vaterland“) Sorgen, daß die Partei ihr „Profil“ verliert. Lenin bezeichnete die Sozialdemokratie als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus; jetzt meldet sich die PDS als Arzthelfer. An diesen Retter des Kapitalismus klammerten sich die meisten linken Gruppen, von der DKP und der VSP, die sich in Gysis „bunte Truppe“ einreihen, bis zu Voran/JRE und sogar Avanti, die die PDS als kleineres Übel priesen. Auch die MLPD, die mit den gleichen reformistischen Losungen wie die PDS eigenständig kandidierte, ging auf Stimmenfang für die PDS.

Aber wie die *Süddeutsche Zeitung* (10. Oktober) berichtete, war Gysi „unglaublich überrascht“, als er im Westen mit seinen alten trotzkistischen Gegnern aus dem Osten konfrontiert war ... den Spartakisten. Und am 30. Oktober wiederholte er in der Radiosendung von Hessen 3: „Ach, Sie müssen mal erleben, wie ich auf Veranstaltungen von Sektierern angegriffen werde, gerade in den alten Bundesländern. Von rechts von der Jungen Union, von links von den Spartakisten.“ Aber so überraschend ist das nicht. Wir waren die einzige revolutionäre Arbeiterpartei, die nach dem Fall der Mauer 1989 in Ost und West mit der Perspektive eines roten Rätendeutschlands als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa intervenierte. Damals waren Gysi & Co. damit beschäftigt, die Anwälte der Konterrevolution zu sein. Und nach vier Jahren kapitalistischer Zerstörung zeigt es sich nur allzu deutlich, daß der einzige Weg vorwärts für die Menschheit die proletarische Revolution ist – um dieses habgierige, rassistische, unmenschliche System zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die auf wirklicher Gleichheit und Gerechtigkeit beruht. ■

Italien...

Fortsetzung von Seite 24

jahrzehntelangen harten Kampf erobert worden sind.

Demokratische Rechte sind durch diese Rechts-Koalition des sogenannten „Freiheitspols“ in Gefahr, die zwar den Anspruch erhebt, „liberal“ zu sein, aber die Macht des Parlaments und der Justiz drastisch einschränken und damit eine mächtige „Präsidentialrepublik“ errichten will. Doch die Koalition des „Pols der Progressisten“, die bei den Wahlen geschlagen wurde, stellt keine wirkliche Opposition zu diesen reaktionären Absichten dar. Tatsächlich hat sich dieser linke (und nicht so linke) Block selbst als alternatives Werkzeug angeboten, das das Programm der Bourgeoisie für einen „starken Staat“ durchführt.

Bei den Wahlen vom 27./28. März lehnte es die Lega Trotskista (LTd'I) ab, zur Wahl des „progressistischen Pols“ aufzurufen. Dieser war eine *typische* Volksfront, eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, die die Arbeiterklasse an direkte Vertreter der Bourgeoisie gekettet hat, von Anti-Mafia-Liberalen bis zu prominenten Kapitalisten wie dem ehemaligen Vizepräsidenten des Industriellenverbands Confindustria und dem Bruder des Eigentümers von Olivetti. Obwohl diese Front von den Reformisten der Partei der Demokratischen Linken (PDS) und der Rifondazione Comunista (RC) geführt wird, ist sie eine *bürgerliche* politische Formation. Sie trat nicht für die Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter ein, sondern für die Profite der Bosse – um die Regierung des ehemaligen Bankitalia-Chefs Ciampi fortzusetzen, was den Verlust von *eineinhalb Millionen Arbeitsplätzen* seit Mitte 1992 und ein starkes Absinken der Reallöhne im letzten Jahr bedeutet hat.

Wir haben darauf hingewiesen, daß die Kampagne für einen „starken Staat“ in Italien ein direktes Ergebnis des Zusammenbruchs der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und in der Sowjetunion ist. In ganz Westeuropa halten es die kapitalistischen Herrscher nicht mehr länger für nötig, den Arbeitern ein paar Krumen hinzuwerfen, um die „kommunistische Gefahr“ abzuwenden. Dies und die Wirtschaftskrise der letzten paar Jahre sind die Schlüsselfaktoren, die zu einem Generalangriff auf den „Sozialstaat“ in seiner jeweiligen nationalen Version geführt haben: „l'état providence“ in Frankreich und „lo stato sociale“ in Italien. Was Thatcher und Reagan in den 80er Jahren unternommen haben, versuchen die Bourgeoisien auf dem europäischen Kontinent mit aller Macht in den 90er Jahren zu erreichen: die Profite dadurch zu steigern, daß sie die Ausbeutungsrate in die Höhe treiben und die „überhöhten“ Sozialausgaben niedrig halten. Aber ihr Erfolg ist keineswegs garantiert.

Jetzt hat eine Schlacht begonnen über die Regierungspläne, die Renten drastisch zu kürzen. Finanzminister Dini will beim Gesundheits- und Sozialversicherungssystem 50 000 Milliarden Lira (50 Milliarden D-Mark) streichen. Dies ist eine Machtprobe für die gesamte Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsführer von CGIL, CISL und UIL reden zwar von einem „heißen Herbst“ des sozialen Kampfes, aber sie warten höflich auf eine Audienz bei „Keine-Verhandlungen“-Dini. Doch wütende Metallarbeiter in der Fiat-Bastion Turin haben erklärt, daß sie nicht auf eine Erlaubnis warten und daß sie am 8. September einen „Präventiv“-Streik gegen die Kürzungsoffensive von Berlusconi & Co. durchführen werden.

Dies ist eine gute Gelegenheit, um der rechten Regierung in Rom die gleiche Abreibung zu geben wie die Air-Force-Arbeiter der rechten Regierung in Paris. Eine Offensive von scharfem Klassenkampf könnte das Kräfteverhältnis dramatisch verändern. Doch der augenblickliche PDS-Führer D'Alema ruft dazu auf, die Volksfront zu

Mirella Motzo

24. September 1964 – 3. September 1994

In der Nacht zum 3. September ist unsere geliebte junge Genossin Mirella gestorben. Seit etwa drei Jahren rang sie mit einer Krankheit, die kräftezehrende Behandlungen erforderte und sie letztendlich dazu brachte, ihrem Leben ein Ende zu setzen.

Mirella, die am 24. September 30 Jahre alt geworden wäre, schloß sich im Dezember 1985 unserer italienischen Sektion, der Lega Trotskista d'Italia an. Aufgewachsen im Land der katholischen Kirche, der Mafia und der größten faschistischen Partei Europas, wo die ganze Rückständigkeit der Gesellschaft in der Lage der Frauen zum Ausdruck kommt, schrieb sie in ihrer Eintrittserklärung: „Es war die Frage der Unterdrückung der Frauen, die mich am Anfang am meisten angezogen hat.“ Unsere Zeitschrift *Women and Revolution* spielte die Schlüsselrolle bei ihrer Entscheidung, Kommunistin zu werden. Sie blieb zwei Jahre Mitglied der LTD'I und war danach eine aktive Sympathisantin unserer Organisation. 1992 trat sie wieder ein, fühlte sich aber aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten.

Mirella war zutiefst internationalistisch. Ende 1988 zog sie in die USA, wo sie eng mit der Spartacist League/U.S. arbeitete und besonders am Kampf gegen rassistische Unterdrückung teilnehmen wollte. Als sich 1989/90 die aufkeimende proletarische politische Revolution in der DDR abzeichnete, fuhr sie nach Deutschland, um die Arbeit der IKL zu unterstützen. Sie kämpfte gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und schloß sich der Initiative unserer Internationale an, die Partei von Lenin, Luxemburg und Lieb-



Mirella auch international geschätzt und geliebt wurde. Eine Genossin der LTD'I schrieb: „Die Reden waren sehr schön und brachten Mirellas Persönlichkeit sowohl in politischer wie in menschlicher Hinsicht zum Ausdruck, sie knüpften an die Erinnerung an Martha und an Elke an, die eine wichtige Rolle bei den Entscheidungen gespielt haben, die sie in ihrem Leben gemacht hat. Dies hat allen gutgetan.“

Wir werden uns immer an Mirellas lebhaftes Wesen und ihre Begeisterung erinnern, mit der sie alle anstecken konnte, die in ihrer Nähe waren. Mit ihrer Begabung, ihrer Sensibilität und ihrem Stolz erntete sie sehr viel Anerkennung unter Genossen und Freunden. Sie hat sich immer als Kommunistin verstanden. Auch für sie werden wir für eine sozialistische Zukunft der Menschheit weiter kämpfen. Aber in diesem Kampf werden wir sie vermissen.

knecht wiederaufzubauen.

Sie haßte Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Als sie nach Mailand zurückkam, wo die Jagd auf Immigranten und unheilvolle Moral-kampagnen gegen Frauen anwachsen, zeigte sie nach dem Sieg der Lega Nord immer wieder ihre Solidarität mit den Opfern und ihre Abscheu für die Illusionen, die Anhänger von Rifondazione Comunista in sogenannte „Progressisti“ wie Nando Dalla Chiesa oder den Abtreibungsgegner Orlando hatten.

Die Genossen der LTD'I trafen sich am 24. September zu einer Gedenkversammlung für Mirella, an der auch ihre Freunde teilnahmen. Briefe aus Deutschland und den USA wurden verlesen, die den Trauern den übermittelten, wie sehr

einem Mitte-Links-„Pol der Demokraten“ zu „verbreitern“. In Italien, wie in Frankreich und überall in Europa und der Welt, ist die Schlüsselfrage die Führung, die Notwendigkeit für eine revolutionäre Avantgarde, eine leninistisch-trotskistische Partei, die die Ketten der Klassenzusammenarbeit zerbrechen und einen siegreichen Kampf für die Macht der Arbeiterklasse führen kann. Um eine solche Partei aufzubauen, ist es notwendig zu verstehen, welche Kräfte sich gegenüberstehen und worum die Schlacht geht.

„Schweiß und Tränen“

In den letzten paar Jahren haben entscheidende Teile der italienischen Bourgeoisie eine Kampagne für ein autoritäres halbbonapartistisches Regime geführt. Ihr Ziel: die Arbeiterklasse dadurch zu „disziplinieren“, daß sie die Macht der Gewerkschaften brechen und Italiens politisches

Establishment „ausmisten“, das nach dem Zweiten Weltkrieg durch die CIA installiert wurde und durch jahrzehntelange Korruption verrotten ist. Weil dies für die Kapitalistenklasse selber einige reale Umstellungen mit sich bringt, müssen sie das im Rahmen der bürgerlichen Demokratie normale Geben und Nehmen konkurrierender Fraktionen ersetzen. Ein Mächtiger-Bonaparte, der sich als Retter der Nation ausgibt, ist schon vorhanden: Bürger Berlusconi, der Medienmagnat, dessen Holdinggesellschaft Fininvest eines der größten kapitalistischen Unternehmen im Lande ist. Aber er wird gezügelt durch seine beiden Verbündeten, die faschistische Italienische Soziale Bewegung/Nationale Allianz (MSI/AN) von Gianfranco Fini und Umberto Bossi rechtspopulistische Lega Nord. Dieser latente Konflikt zwischen den Partnern der Rechts-Koalition brach Mitte

Fortgesetzt auf Seite 22

Italien...

Fortsetzung von Seite 21

Juli aus, als Berlusconi versuchte, die Schmiergeld-Ermittlungen „mani pulite“ (saubere Hände) zu behindern.

Obwohl die Parteien der Rechts-Koalition wichtige politische Differenzen haben, haben sie doch einen gemeinsamen Feind: die Arbeiterklasse. Die Gewerkschaftsdachverbände CGIL, CISL und UIL merken jetzt, daß sie mit einer tödlichen Gefahr konfrontiert sind, und verhandeln über ein Abkommen eines bürokratischen Zusammenschlusses, nachdem sie jahrzehntelang jeweils an eine oder mehrere Parteien der „Ersten Republik“ gebunden waren. Aber weder sie noch die reformistischen Arbeitermassenparteien PDS und RC haben einen *Klassenkampf* gegen den kapitalistischen Angriff geführt. Im Gegenteil, durch die „progressistische“ Volksfront haben sie die Arbeiterklasse geknebelt und an ihren Klassenfeind gebunden.

Um den Bossen sein „Verantwortungsbewußtsein“ zu demonstrieren, versprach der damalige PDS-Führer Occhetto den Arbeitern nichts als „Schweiß und Tränen“. Berlusconi versprach „eine Million Arbeitsplätze“. Bei einer Rekordarbeitslosigkeit von 11,5 Prozent, die noch weiter steigt, ist es da ein Wunder, daß die Rechten gewonnen haben? Jetzt, wo Berlusconi im Amt ist, wird er natürlich für „Schweiß und Tränen“ sorgen.

Faschismus und Bonapartismus in der „Zweiten Republik“

Der Wahlsieg der Rechten, begleitet von Bildern, wie Faschisten zur Feier den „römischen Gruß“, den ausgestreckten Arm, zeigten und „Duce, Duce“ skandierten, löste Schockwellen in der ganzen Welt aus. Verschiedene bürgerliche und reformistische Führer in Europa, so zum Beispiel der französische Präsident Mitterrand, warfen sich als „Antifaschisten“ in Positur und schlugen Alarm. Europolitiker in Straßburg erhoben drohend den Finger wegen der MSI-Minister in Berlusconi's neuer Regierung. Aber dies legte sich bald, und verschiedene Medien begannen Finis Selbsteinstufung als „post-faschistisch“ zu akzeptieren. Das *New York Times Magazine* (24. Juli) brachte einen Artikel „Benito Mussolini: Back From the Dead“ [Benito Mussolini: Auferstanden von den Toten], in dem sie entdeckten, daß Il Duce doch nicht so schlecht gewesen sei, besonders vor 1938 (als er sich Nazi-Deutschland anschloß und auf den Zweiten Weltkrieg zusteuerte — dies ist die gleiche Art von

Argument, das von „respektablen“ Verteidigern Hitlers in Deutschland benutzt wird).

Wie die Dinge liegen, sind große Teile der italienischen und internationalen Bourgeoisie bei weitem nicht davon überzeugt, daß die seit neuem vorherrschenden rechten und faschistischen Formationen die beste Chance darstellen, um eine stabile kapitalistische Herrschaft zu konsolidieren. So erhielt zur Zeit der Märzahlen PDS-Führer Occhetto das Okay des amerikanischen Botschafters, den Segen des Papstes und die offene Unterstützung oder stillschweigende Akzeptanz von prominenten italienischen Industriellen.

Durch ihre Wahniederlage erschüttert, lamentierten manche „Progressistischen“, daß der Faschismus vor der Tür stehe. Andererseits flirteten die PDS-Führer Occhetto und D'Alema (der neue Parteisekretär) im Wahlkampf bei Fernseh-Talkshows mit Fini und behandelten den MSI-Führer als einen „gewichtigen Gesprächspartner“. Selbst vorgebliche Trotzlisten spielten die faschistische Gefahr herunter. Livio Maitan, langjähriger italienischer Sprecher für Ernest Mandels „Vereinigtes Sekretariat“ (VS), erklärte, bei der Beurteilung der Nationalen Allianz „sollten allzu vereinfachende Charakterisierungen vermieden werden. Ohne Zweifel wurde die MSI gegründet, um diejenigen zu organisieren, die nostalgisch an dem Mussolini-Regime hängen. Doch ... sie integrierte sich systematisch in die Institutionen und erschien mehr als [eine] rechte oder ultra-rechte konservative Formation, in der das Gewicht derjenigen, die nostalgisch am Faschismus hängen, zunehmend geringer wurde“ (*International Viewpoint*, Juni 1994).

Wenn Linke dabei mitmachen, die Erben Mussolinis in respektablen Farben zu malen, ist dies extrem abenteuerlich. Die Nationale Allianz ist für die MSI-Faschisten, von denen eine ganze Reihe gar nicht so „neo“ sind, nichts anderes als ein Nadelstreifenanzug für Wahlen. Der MSI-Europa-Abgeordnete Pino Rauti war ein faschistischer Schläger in Mussolinis „Salò-Republik“ 1943–45 in dem von Deutschen besetzten Norditalien. Und die Squadristi sind nicht bloß Geschichte. Angestachelt durch den Sieg der Rechten, haben Skinhead-Banden damit angefangen, offen die Arbeiterbewegung anzugreifen. In Rom und Mailand haben Skinheads Büros von Rifondazione Comunista niedergebrannt, und am 14. Mai haben ein paar hundert von diesem Nazi-Abschaum einen provokativen Marsch in Vicenza durchgeführt.

Und was MSI/AN-Führer Fini angeht, so hat dieser „postmoderne“ Yuppie-Faschist nicht nur Il Duce zum



Storia Illustrata

Frühjahr 1945: Italienische Partisanen zerschlagen die Überreste des faschistischen Regimes und der Wehrmacht, werden aber später durch stalinistische Volksfrontpolitik entwaffnet

„größten Staatsmann des Jahrhunderts“ erklärt, sondern auch verkündet: „Man muß Benito Mussolini dafür dankbar sein, daß Italien 1922 nicht kommunistisch geworden ist.“ Er pries den Faschismus auch als eine Tradition von „Ehrbarkeit, Korrektheit und guter Regierung“ und verteidigte die Skinheads mit der Bemerkung: „Nazi-Skins stellen keine Gefahr dar“.

Gleichzeitig würde man jeden Realitätssinn verlieren, wenn man die Anwesenheit von faschistischen Ministern in der Regierung für gleichbedeutend mit einem neuen Marsch auf Rom hielte. Faschismus bedeutet die militärische Mobilisierung der wütenden Kleinbourgeoisie im Interesse des Großkapitals, um eine soziale Revolution dadurch zu verhindern, daß die organisierte Arbeiterbewegung völlig zerstört wird. Dies passiert heute in Italien nicht, denn das Proletariat hat der Bourgeoisie nicht durch die Bedrohung ihrer Macht Angst eingejagt. Im Moment sind die faschistischen Banden, die Wachhunde des Kapitals, an die Leine gelegt und werden hauptsächlich dazu benutzt, dunkelhäutige Immigranten zu terrorisieren. Was passiert, ist bedrohlich genug: kleinbürgerliche Wahlunterstützung als Stimmvieh für kapitalistische Kräfte anzuwerben, die einen „starken Staat“ errichten wollen, um die Arbeiterbewegung zu *disziplinieren* und entscheidend zu *schwächen*. Aber ob dies gelingt, hängt im wesentlichen von der Antwort des Proletariats auf diese vereinte kapitalistische Offensive ab.

Was hinter der Tangentopoli-Affäre steckt

Italien hat nicht die tiefsitzenden, jahrhundertealten Traditionen bürgerlicher Demokratie wie Westminster. Die Tatsache, daß in Italien die Arbeitermobilisierung gegen die Kürzungsoffensive die größte und militanteste Europas gewesen ist, ist ein Hauptgrund dafür, daß sowohl das jüngste dramatische Anwachsen von faschistischen und rechtspopulistischen Parteien als auch das Entstehen einer neuen Volksfront zuerst auf der Halbinsel stattfand. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Italien das einzige Land in Westeuropa, wo die Zerschlagung des faschistischen Regimes von einem tatsächlichen Arbeiteraufstand begleitet war, der aber mit der entscheidenden Hilfe der Stalinisten abgewürgt wurde. Dies ist die „heroische“ Geschichte der Resistenza, auf die die Ableger der Kommunistischen Partei, die PDS und die RC, zurückblicken. Aber weil die italienische Arbeiterklasse so stark war, mußten die siegreichen imperialistischen Alliierten und die italienische Bourgeoisie mit der PCI zu einem Deal kommen. Als Gegenleistung dafür, daß die Stalinisten die Arbeiter davon abhalten, nach der Macht zu greifen, sollten sie in untergeordnete Positionen im Staatsapparat integriert werden.

Aber um dieses System nach dem Untergang des faschistischen Regimes aufzubauen, mußten die amerikanischen Besatzer das Problem lösen, eine bürgerliche Staatsmaschine zusammenzubauen. Um die Kommunisten aus der Regierung rauszuhalten, bekam die Mafia freie Hand bei der Kontrolle Siziliens und des Südens, während De Gasperi Christdemokraten hastig zu einer „Partei“ zusammengeschustert wurden, indem man erlaubte, daß die faschistischen Funktionäre auf ihren Posten blieben. Ähnliche Operationen wurden von den amerikanischen Militärregierungen in Deutschland und Japan durchgeführt. Die daraus entstandenen bürgerlichen „Volksparteien“ (die Christdemokraten in Europa, die „Liberaldemokraten“ in Japan) waren weniger durch ihr Programm charakterisiert als durch die Tatsache, daß sie als institutionalisiertes Bollwerk gegen die Kommunisten dienten.

Hauptsächlich wegen der Militanz der italienischen Arbeiterklasse hatte Italien keine lange militärische Besatzung. Die Amerikaner konnten es sich noch nicht einmal leisten, so zu tun, als führten sie eine „Entnazifizierung“ und eine

Zerschlagung der Kartelle durch, wie in Westdeutschland direkt nach dem Krieg (nur um beides beim Beginn des Kalten Krieges wieder rückgängig zu machen). Die alten faschistischen staatseigenen Unternehmenssyndikate (und Firmen wie Fiat und Pirelli) arbeiten weiterhin reibungslos. Folglich gehören rund 40 Prozent von Italiens Wirtschaft zum öffentlichen Sektor, der in Schlüsselsektoren wie dem Transportwesen, der Stahlindustrie und dem Bankwesen bis zu 90 Prozent erreicht. Diese staatskapitalistischen Unternehmen wurden dann die Quelle für Amterpatronage und Bestechung. Die weitverbreitete Korruption war das Produkt und die notwendige Triebkraft eines ganzen Systems, das aufgebaut worden war, um der stärksten Kommunistischen Partei Westeuropas eine Kontrolle des Staates zu verwehren.

Diese enormen Verwaltungskosten sind für die italienischen Kapitalisten um so mehr zu einer Last geworden, da sie seit dem Wegfall der „Bedrohung“ durch den Sowjetblock 1989 unnötig erscheinen. Carlo De Benedetti, der Chef von Olivetti und Herausgeber von *La Repubblica*, faßte die Ursachen für das Ende des christdemokratischen Regimes in einem Interview mit dem *Spiegel* (29. November 1993) so zusammen:

„Der Katalysator dieser Revolution war der Fall der Berliner Mauer. Auch Italien hatte seine Mauer im Inneren, und sie stürzte genauso in sich zusammen wie die in Berlin. Als die kommunistische Bedrohung endlich weg war, gab es keinen Grund mehr, die christdemokratische Erpressung mit dem Kommunismus zu akzeptieren. Mit dieser Erpressung haben eine Menge Leute ungeheuer viel Geld gemacht. Korruption und Staatsschulden sind der Preis, der für den politischen Konsens bezahlt werden mußte. Die Herrschenden haben die finanzielle Stabilität Italiens ausgehöhlt, zu ihrem privaten Nutzen.“

Der Konkurrenzdruck der kapitalistischen Rivalen ist ein weiterer wichtiger Faktor, der zur Explosion dieses Systems führt. Dessen Industrie war am wenigsten in der Lage, die Auswirkungen der Schaffung des einheitlichen Europäischen Marktes Ende 1992 auszuhalten. Italiens wenige Großkonzerne, zumeist in Staatsbesitz und hoch verschuldet, stehen einer Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber. Da die Bundesbank und das deutsche Kapital Westeuropa nach ihrem Ebenbild umgestalten, haben sie eine Reihe von Vorschriften angeordnet (zum Beispiel, daß das Haushaltsdefizit *drei Prozent* des Brutto-sozialproduktes nicht überschreiten darf, daß staatlichen Subventionen enge Grenzen gesetzt sind), die Italiens große Staatskonzerne ruinieren würden, während die winzigen Familienbetriebe nicht groß genug sind, um mit Deutschlands viel größeren „mittelständischen“ Betrieben konkurrieren zu können. Um wettbewerbsfähig zu werden, versucht daher Italiens Bourgeoisie – kleine wie große Kapitalisten – sich auf Kosten der staatseigenen Giganten durch *Privatisierung* zu stärken.

Berlusconi ist ein Affarista (Geschäftemacher) und Abenteurer, der verspricht, ein neues „italienisches Wunder“ wie in den 70er und 80er Jahren zustande zu bringen durch die „*Privatisierung*“ des Staates im eigenen Interesse und dem seiner Spezies. (Louis Bonaparte machte auf ähnliche Weise ein Vermögen, indem er Konzessionen für den Bau von Eisenbahnen vergab und zugleich an der Pariser Börse spekulierte.) In der Azienda Italia (Italien AG), die Berlusconi schaffen will, will er der Capo (Chef) sein. Während er über den „Assistenzialista“-Staat (Sozialstaat) jammert, will er, daß der Staat der Geschäftswelt hilft oder wenigstens seinen eigenen Geschäftsinteressen, und es macht ihm nichts aus, die anderen Größen des italienischen Kapitalismus zu schädigen.

[FORTSETZUNG FOLGT]

Generalstreik von 25 Millionen erschüttert Italien

Volksfront kann starken Staat nicht bekämpfen



Gianni Fiorito/Controluce

4. Oktober: Wütende Arbeiter demonstrieren in ganz Italien ihre Macht, als Antwort auf die kapitalistischen Angriffe

25 Millionen Menschen beteiligten sich am 14. Oktober an dem landesweiten Generalstreik in Italien. Mehr als 3 Millionen, möglicherweise 5 Millionen, demonstrierten auf den Straßen von 97 Städten. Dieser Massenstreik war der größte seit Jahrzehnten, vielleicht der größte seit unmittelbar nach dem Kriege. 80 Prozent im ganzen Land beteiligten sich, 90 Prozent in der Industrie und im öffentlichen Dienst und nahezu 100 Prozent im „Roten Gürtel“ von Mittelitalien.

Teil eins von zwei

Dieser massiven Demonstration proletarischer Macht waren wochenlang explosive und größtenteils spontane Proteststreiks von Hunderttausenden gegen den Kahlschlag-Staatshaushalt mit seinen Rentenkürzungen vorausgegangen. Ein echter unbegrenzter Generalstreik würde die Frage der Macht stellen, besonders in diesem tumultartigen klassenkämpferischen „heißen Herbst“. Aber er allein würde die Frage nicht lösen. Der italienischen Arbeiterklasse hat es nie an Militanz gefehlt. Die entscheidende Frage ist die Frage der revolutionären Führung.

Der Ministerpräsident und Mediengigant Silvio Berlusconi ist allgemein verachtet. Auf einem typischen Plakat vom 14. Oktober stand: „Ich bereue, ich stimmte für Berlusconi“. Doch um die Berlusconi-Regierung wegzufegen und sein Austeritätsprogramm zu zerschlagen, ist massiver Arbeiterwiderstand nötig – dazu gehören Streiks, Betriebsbesetzungen, die Bildung von

Arbeiterräten und Arbeitermilizen. Dies würde eine Situation der Doppelherrschaft darstellen. Und man muß eine wirklich bolschewistische Avantgardepartei aufbauen, um die Arbeiterkämpfe über ökonomische Militanz hinaus in Richtung eines Kampfes um die Herrschaft der Arbeiter zu führen. Denn andernfalls verschärft sich der Drang entscheidender Teile der italienischen Bourgeoisie nach einem „starken Staat“, um die Errungenschaften der Arbeiter zu zerstören, ob unter dem aufstrebenden Bonaparte Berlusconi (sein Bündnispartner Bossi von der Lega Nord nennt ihn „Berluskaiser“) oder unter der „progressistischen“ Volksfront unter Führung der PDS.

Der folgende Artikel basiert auf Spartaco Nr. 44, September 1994, herausgegeben von unseren Genossen der Lega Trotskista d'Italia.

Der Sieg der Rechten bei den Wahlen im März 1994 markierte einen Wendepunkt in Italiens Nachkriegsgeschichte. Er unterstrich die drastisch zunehmende politische und klassenmäßige Polarisierung in ganz Westeuropa. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es jetzt faschistische Kräfte in der Regierung einer imperialistischen Macht. Diese unheilvolle Entwicklung stellt eine direkte Gefahr für die Arbeiterbewegung dar, denn das reaktionäre herrschende Triumvirat Berlusconi-Fini-Bossi hat es auf die gewerkschaftlichen Errungenschaften abgesehen, die durch

Fortgesetzt auf Seite 20